

7. DATENAUSTAUSCH MIT DEM BUNDESZENTRALAMT FÜR STEUERN (§ 139B AO)



OSCI® ist eine registrierte Marke
der Freien Hansestadt Bremen

7.1 Ausgangssituation und Zielsetzung

Angaben zu Auskunftssperren und dem Datum des Beginns/Endes der Zuständigkeit

Aufgrund der derzeitigen Rechtslage ist es nicht erlaubt, Informationen zu Übermittlungssperren sowie über Beginn/Ende der Zuständigkeit an das BZSt zu übermitteln.

Da wir aber davon ausgehen, dass für diese Sachverhalte eine positive Rechtsauslegung kommen wird¹, haben wir die jeweiligen Elemente in den BZSt-Nachrichten nicht gelöscht, sondern als optionale Kindelemente definiert. Zusätzlich wurde jeweils ein Umsetzungshinweis aufgenommen, mit dem auf die derzeitige Nichtverwendung dieser Elemente hingewiesen wird.

Durch den § 139a AO wird das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) verpflichtet, jedem Steuerpflichtigen ein *Identifikationsmerkmal zum Zweck der Identifizierung in Besteuerungsverfahren* zuzuteilen.² Dieses ist bundesweit eindeutig und wird dem Steuerpflichtigen dauerhaft zugeordnet. Bei den Steuerpflichtigen wird unterschieden zwischen „*wirtschaftlich Tätigen*“ (diese erhalten eine Wirtschafts-Identifikationsnummer), und natürlichen Personen, für die „*Identifikationsnummern*“ vergeben werden. Das Identifikationsmerkmal besteht aus einer Ziffernfolge, die nicht aus anderen Daten über den Steuerpflichtigen gebildet oder abgeleitet werden darf. Es ist bei Anträgen, Erklärungen oder Mitteilungen gegenüber Finanzbehörden anzugeben. Da grundsätzlich jede natürliche Person im Inland steuerpflichtig ist, muss jedem der mehr als 80 Millionen Bundesbürger eine solche Identifikationsnummer (IdNr) zugeteilt werden.

Das BZSt ist beauftragt, eine Datenbank (im folgenden BZSt-Datenbank) aufzubauen, die für alle Steuerpflichtigen die gesetzlich festgelegten Daten enthält (§ 139b Abs. 3 AO). Eindeutiges Kennzeichen ist die genannte IdNr. In der BZSt-Datenbank wird für jeden Steuerpflichtigen ein Teil der Daten gespeichert, die auch in den Melderegistern zu finden sind, siehe § 139b Abs. 6 i. V. m. Abs. 3 AO). Die Daten dürfen ausschließlich für die in § 139b Abs. 4 AO genannten Zwecke genutzt werden, jede darüber hinaus gehende Nutzung ist untersagt (§ 139b Abs. 5 AO).

Tabelle 7-1: Datenfelder in der BZSt-Datenbank für natürliche Personen

Nr.	Inhalt	MRRG	XMeld (ggf. Rolle)
1	Identifikationsnummer	§ 2 Abs. 2 Nr. 7	SteuerIdentifikation
2	Wirtschafts-Identifikationsnummer	<i>Wird im Melderegister nicht gespeichert; ist nicht Gegenstand der Datenübermittlung zwischen Meldebehörden und dem BZSt.</i>	

1. bzgl. der Übermittlung des Beginns/Endes der Zuständigkeit ggf. sogar noch zum 01.11.2007

2. Diese Datenübermittlung erfolgt auch für alle Personen, die im Melderegister geführt werden, obwohl sie nicht meldepflichtig sind

Nr.	Inhalt	MRRG	XMeld (ggf. Rolle)
3	Familienname	§ 2 Abs. 1 Nr. 1	NameNatuerlichePerson (Familienname)
4	Frühere Namen	§ 2 Abs. 1 Nr. 2	NameNatuerlichePerson (Geburtsname)
5	Vornamen	§ 2 Abs. 1 Nr. 3	NameNatuerlichePerson (Vornamen, Rufname)
6	Doktorgrad	§ 2 Abs. 1 Nr. 4	NameNatuerlichePerson (Doktorgrad)
7	Ordensnamen/Künstlernamen	§ 2 Abs. 1 Nr. 5	NameNatuerlichePerson (Ordensname, Kuenstlername)
8	Tag und Ort der Geburt	§ 2 Abs. 1 Nr. 6	Geburt
9	Geschlecht	§ 2 Abs. 1 Nr. 7	Geschlecht
10	gegenwärtige oder letzte bekannte Anschrift	§ 2 Abs. 1 Nr. 12	Wohnung bzw. Anschrift (siehe unten)
11	Tag des Ein- und/oder Auszugs, Datum des Wohnungsstatuswechsels	§ 2 Abs. 1 Nr. 13	Wohnung bzw. Anschrift (siehe unten) <i>Hinweis:</i> Für dieses Datenfeld gibt es derzeit (noch) keine Rechtsgrundlage in der AO.
12	Übermittlungssperre	§ 2 Abs. 1 Nr. 18	Auskunftssperre <i>Hinweis:</i> Für dieses Datenfeld gibt es derzeit (noch) keine Rechtsgrundlage in der AO.
13	zuständige Finanzämter	<i>Wird im Melderegister nicht gespeichert; ist nicht Gegenstand der Datenübermittlung zwischen Meldebehörden und dem BZSt.</i>	
14	Sterbetag	§ 2 Abs. 1 Nr. 19	Tod

Die Meldebehörden haben dem BZSt für Zwecke der erstmaligen Zuteilung der IdNr die initialen Daten der in ihren Melderegistern geführten Einwohner mitzuteilen (§ 139b Abs. 6 Satz 1 AO). Dabei wird unter Meldebehörde in diesem Kapitel grundsätzlich die Meldebehörde der Haupt- oder alleinigen Wohnung verstanden. Die Meldebehörde einer Nebenwohnung kommuniziert nicht mit dem BZSt.

Das BZSt teilt jedem Steuerpflichtigen eine IdNr zu und übermittelt diese den Meldeämtern zur Speicherung im Melderegister (§ 139b Abs. 6 AO).

Die Meldebehörden sind verpflichtet, Änderungen der Daten nach § 139b Abs. 7 AO dem BZSt mitzuteilen. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass die Datenbestände zwischen den dezentral geführten Melderegistern und der BZSt-Datenbank konsistent sind und bleiben. Es ist von einer Größenordnung von über 10 Mio. Geschäftsvorfällen pro Jahr auszugehen.

Sofern bei der Übermittlung von Daten zwischen Meldebehörden und BZSt Probleme oder Fehler bezüglich der IdNr von Betroffenen auftreten, sind die Regularien des § 4a MRRG zu beachten:

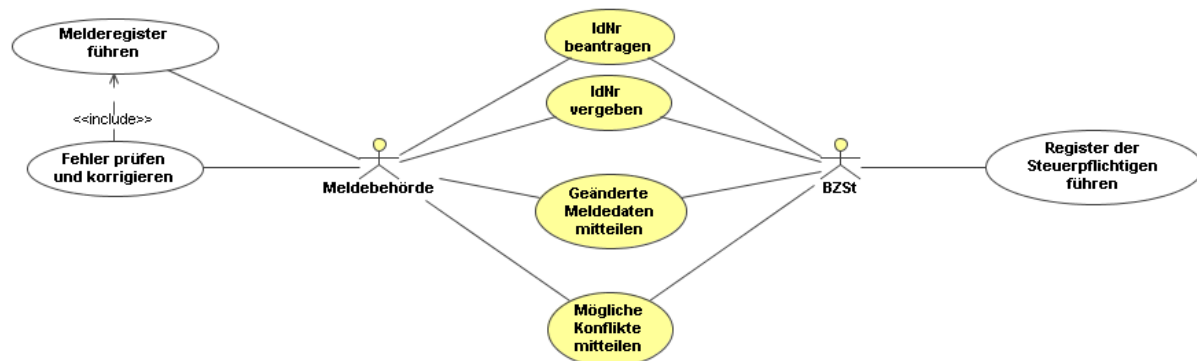
(1) Ist das Melderegister unrichtig oder unvollständig, hat es die Meldebehörde von Amts wegen zu berichtigen oder zu ergänzen (Fortschreibung). Von der Fortschreibung sind unverzüglich diejenigen Behörden oder sonstigen öffentlichen Stellen zu unterrichten, denen im Rahmen regelmäßiger Datenübermittlungen unrichtige oder unvollständige Daten übermittelt worden sind.

(2) Liegen der Meldebehörde bezüglich einzelner oder einer Vielzahl namentlich bekannter Einwohner konkrete Anhaltspunkte für die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Melderegisters vor, hat sie den Sachverhalt von Amts wegen zu ermitteln.

(3) Die in Absatz 1 Satz 2 genannten Stellen, soweit sie nicht Aufgaben der amtlichen Statistik wahrnehmen oder öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften sind, haben die Meldebehörden unverzüglich zu unterrichten, wenn ihnen konkrete Anhaltspunkte für die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit übermittelter Daten vorliegen. Sonstige öffentliche Stellen, denen auf deren Ersuchen hin Meldedaten übermittelt worden sind, dürfen die Meldebehörden bei Vorliegen solcher Anhaltspunkte unterrichten. Absatz 2 bleibt unberührt. Gesetzliche Geheimhaltungspflichten, insbesondere das Steuergeheimnis nach § 30 der Abgabenordnung, und Berufs- oder besondere Amtsgeheimnisse stehen der Unterrichtung nach Satz 1 und 2 nicht entgegen, soweit sie sich auf die Angabe beschränkt, dass konkrete Anhaltspunkte für die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit übermittelter Daten vorliegen.

Insgesamt ergeben sich die in [Bild 7-1](#) dargestellten Verantwortlichkeiten, wobei die farblich unterlegten UseCases Bestandteil dieser Spezifikation sind.

Bild 7-1 Akteure und Verantwortlichkeiten der Datenübermittlung nach § 139a AO



Dieses Dokument beschreibt die für die Kommunikation zwischen Meldebehörden und BZSt anzuwendenden Prozessmodelle und Nachrichten. Es werden alle in § 139b AO genannten Geschäftsvorfälle unterstützt. In diesem Sinne ist dieses Kapitel der OSCI–XMeld Spezifikation vollständig.

Es muss an dieser Stelle jedoch darauf hingewiesen werden, dass die hier beschriebene Datenübermittlung neu ist. Im Unterschied zu den meisten anderen Kapiteln der OSCI–XMeld Spezifikation, in denen es „nur“ darum geht, bestehende Datenübermittlungen zu standardisieren, sind die hier beschriebenen Geschäftsvorfälle *alle neu zu etablieren*. Es besteht daher noch keine Erfahrung mit den Auswirkungen in der Praxis.

Wir weisen außerdem darauf hin, dass die folgende rechtliche Rahmenbedingung baldmöglichst zu klären ist:

Tabelle 7-2: Noch zu klärende rechtliche Rahmenbedingung

Klärungspunkt	Verantwortlichkeit
Es ist noch rechtlich zu prüfen, inwieweit diese Nachrichten auch bei besonderen Personenkreisen wie Adoptierte, Transsexuelle, Personen in Zeugenschutzprogrammen, etc., anwendbar sind. Hierzu sei auch auf Abschnitt 5.5.2.2 auf Seite 211 verwiesen.	BMF und Innenressorts / TaskForce

Durchbrechung des Prinzips der Einheitlich- und Dauerhaftigkeit

Die Konsistenz der BZSt-Datenbank und der dezentral geführten Melderegister wird durch die Führung und Übermittlung der bei den Meldebehörden gespeicherten IdNr gewährleistet. Diese IdNr wandern bei einem Umzug des Einwohners innerhalb Deutschlands mit.

Aufgrund der derzeitigen Rechtslage (§ 10 Abs. 2 MRRG) hat die Meldebehörde bei einem Verzug des Einwohners ins Ausland oder nach unbekannt jedoch die IdNr unverzüglich zu löschen.¹ Damit ist bei einem erneuten Zuzug dieses Einwohners aus dem Ausland oder von unbekannt diese Information nicht mehr vorhanden und es muss eine Neubeantragung der IdNr beim BZSt durchgeführt werden. Grundsätzlich setzt hier ein erneuter Prüfungsmechanismus ein, der zum einen eine eigentlich vermeidbare Dublettenprüfung hervorbringt, zum anderen aber auch die doppelte Anlage ein- und desselben Steuerpflichtigen in der BZSt-Datenbank zur Folge haben kann. Neben einem erhöhten Aufwand für die Melde- und Finanzbehörden widerspricht dies dem Grundsatz der Einheitlichkeit und der Dauerhaftigkeit der Vergabe der IdNr.

7.2 Übersicht über den Ablauf

In dieser Übersicht über den Ablauf werden die wesentlichen Entwurfsentscheidungen und Prinzipien dargestellt, anhand derer die Abläufe und Nachrichten entworfen worden sind.

7.2.1 Meldebehörden sind führende Systeme

Gemäß § 139b AO übermitteln Meldebehörden Daten der Betroffenen an das BZSt, damit initial eine IdNr zugeordnet wird. Bei anschließenden Änderungen an den Daten des Betroffenen informiert die zuständige Meldebehörde das BZSt, damit die Änderungen auch im Register der Steuerpflichtigen nachgezogen werden. Damit ist klar, dass die Meldebehörden gegenüber dem BZSt die *“führenden Systeme”* sind.

In dem Design der Prozessmodelle und Nachrichten wirkt sich das so aus, dass das BZSt grundsätzlich die von den Meldebehörden übermittelten Anforderungen (*“IdNr vergeben!”*, *“Daten ändern!”*) durchzuführen hat, wenn die Nachricht nicht offensichtlich fehlerhaft ist. Die Möglichkeiten der Plausibilitätsprüfung auf Seiten des BZSt sind nach jetzigem Kenntnisstand sehr begrenzt. Trotzdem wird das BZSt aktiv gegenüber und mit den Meldebehörden tätig werden. Dies ist in zwei Konstellationen denkbar bzw. erforderlich:

1. Stellt das BZSt im Rahmen einer Anforderung einer IdNr mittels eines Datenabgleiches in der BZSt Datenbank fest, dass es bereits Datensätze mit (fast) identischen persönlichen Daten gibt, so könnte dies auf eine *“Dublette”* hindeuten. Der Betroffene wäre irrtümlich in mehr als einer Gemeinde mit Haupt- oder alleiniger Wohnung gemeldet. Das BZSt vermutet einen Fehler in den Melderegistern und bittet bei der Erstvergabe die involvierten Meldebehörden bzw. die Meldebehörde, die im laufenden Betrieb eine IdNr beantragt, unter Bezug auf § 4a MRRG um Klärung von Amts wegen. Dies ist im [Abschnitt 7.2.3 auf Seite 357](#) näher erläutert.

Das Entwurfsprinzip (*“Meldebehörden sind führende Systems”*) wird also dahingehend *erweitert*, dass das BZSt die betroffene(n) Meldebehörde(n) auffordern kann ihre Anforderung noch einmal zu überprüfen. Als Ergebnis der Prüfung teilen die betroffenen Meldebehörden unabhängig voneinander mit, ob sie für die jeweilige Person zuständig sind oder nicht. Teilen alle Meldebehörden die Zuständigkeit mit, so handelt es sich nicht um eine Dublette.

2. Noch nicht geklärt ist der Fall, dass sich im laufenden Betrieb (evtl. lange) nach der Vergabe von IdNr auf Seiten der Meldebehörde herausstellt, dass eine Person (unabhängig davon, ob sie identisch ist mit einer anderen Person oder nicht) zu Unrecht im Melderegister gespeichert wird. Hier kann einer entsprechenden Aufforderung der Meldebehörde zur Löschung des Datensatzes und der dazu

1. Aus der Begründung der TaskForce vom 11.12.2006 zu dieser Sachlage: *“Die Problemstellung soll im Rahmen der Vorarbeiten für ein Bundesmeldegesetz aufgegriffen und vertieft erörtert werden.”*

gehörenden IdNr im Regelfall nicht sofort Folge geleistet werden, da Seiteneffekte auf Seiten der Finanzressorts erst geklärt werden müssen. Hierzu sind – vor allem auf Seiten des BZSt – noch weitere Überlegungen notwendig, um Inkonsistenzen zwischen Melderegistern und BZSt auszuschließen.

7.2.2 Die Vergabe der Identifikationsnummern

Die erstmalige Zuteilung der IdNr mehr als 80 Millionen in Deutschland gemeldete Personen wird nicht in wenigen Tagen zu erledigen sein. Dagegen spricht zum einen die erhebliche Datenmenge, die aus mehreren tausend dezentralen Melderegistern an eine zentrale Stelle zu übermitteln ist. Vor allem aber ist ein Konsolidierungsbedarf in erheblichem Umfang zu erwarten. Durch das Zusammenführen von bisher ausschließlich dezentral gespeicherten Daten an einer zentralen Stelle wird es zu Fällen kommen, in denen vermutete Unrichtigkeiten in Melderegistern von Amts wegen zu klären sind. Wir gehen daher von einer relativ langen *“Konsolidierungs- und Aufbauphase (Erstvergabe)”* für die BZSt-Datenbank aus. Nach jetzigem Kenntnis- und Planungsstand wird sie im Oktober 2007 beginnen und mehrere Monate in Anspruch nehmen. Sobald diese Phase beendet ist (wenn also für einen hinreichend großen Anteil an Betroffenen die IdNr ggf. nach Klärung vergeben worden ist), wird sie durch den *“Produktivbetrieb”* abgelöst. In [Tabelle 7-3 auf Seite 355](#) ist dargestellt, wie nach jetziger Planung der zeitliche Ablauf sein wird:

Tabelle 7-3: Geplante Einführung der Datenübermittlung nach § 139b AO

Zeitpunkt	Aktivität
01.01.2007	Erprobung Nachrichtenaustausch zwischen Meldebehörden und BZSt mit ausgewählten Meldebehörden Auswertung Testergebnisse Dublettenermittlung aus 2006
30.06.2007T24:00:00	Vergabe des vorläufigen Bearbeitungsmerkmals (VBM) durch alle Meldebehörden
01.07.2007T00:00:00	Beginn der Lieferung (Erstübermittlung Nachricht datenuebermittlung.anforderungidnr.0500) der Meldebehörden an das BZSt Veränderung bez. Daten nach § 139b AO (Nachrichten 0502, 0504, 0506, 0507, und 0510) werden ab sofort ebenfalls an das BZSt übermittelt BZSt übermittelt Nachricht 0508 (Fehlernachrichten) an Meldebehörden
31.07.2007	Alle Meldebehörden müssen die Erstübermittlung abgeschlossen haben.
31.08.2007	BZSt-seitig sind die Erstübermittlungen vollständig in der Datenbank.
01.09.2007	BZSt/ZIVIT startet den Prozess zur Dublettenermittlung.
dd.mm.yyyy ¹	Das BZSt versendet Konfliktnachrichten (0505) und die Meldebehörden beginnen mit der Bereinigung (Konsolidierung) der Melderegister.
dd.mm.yyyy ²	Das BZSt teilt Meldebehörden und betroffenen Personen die IdNr mit. Das laufende Verfahren beginnt.

1. Der Termin ist abhängig von der Dauer des Ermittlungsprozesses und kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt (Juni 2007) nicht exakt festgelegt werden.
2. Der Termin ist abhängig von der Dauer der Konsolidierung der Melderegister und Anzahl der gefundenen Dubletten.

Nach jetzigem Kenntnisstand unterscheiden sich die Prozesse in den beiden Phasen *“Erstvergabe”* und *“laufender Betrieb”*. Diesen Sachverhalt werden wir in [Abschnitt 7.3 auf Seite 358](#) weiter detaillieren.

7.2.2.1 Das vorläufige Bearbeitungsmerkmal (VBM)

Da nach realistischer Planung die Aufbau- und Konsolidierungsphase mehrere Monate dauern wird, in dieser Zeit aber natürlich betroffene Personen weiterhin umziehen werden, bedarf es eines Mechanismus um zwischen Meldebehörden und dem BZSt die eindeutige Identifizierung von Personen sicherzustellen.

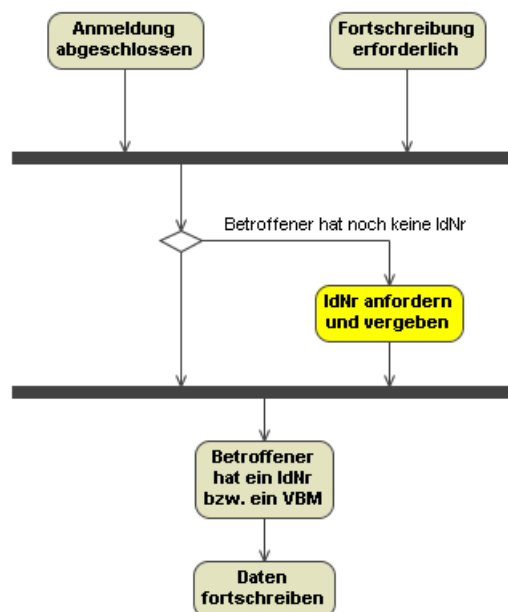
Zu diesem Zweck dient das *“vorläufige Bearbeitungsmerkmal (VBM)”*. Für jede Person, der nach Kenntnis der Meldebehörde noch keine IdNr zugeordnet ist, vergibt die Meldebehörde ein eindeutiges VBM. Anschließend wird unter Angabe des VBM für den Betroffenen die Vergabe einer IdNr beim BZSt beantragt. Jegliche weitere Kommunikation zwischen Meldeämtern und dem BZSt erfolgt nunmehr unter Bezug auf dieses VBM. Wenn das BZSt für den Betroffenen eine IdNr vergeben hat, teilt sie dies dem zuständigen Meldeamt mit. Dort wird dann das VBM durch die IdNr ersetzt. (Das VBM wird im Melderegister gelöscht, statt dessen wird die IdNr gespeichert).

Wenn ein Betroffener in der Zeit zwischen der Beantragung einer IdNr und der Vergabe durch das BZSt umzieht und dadurch ein anderes Meldeamt zuständig wird, dann *“wandert das VBM mit dem Betroffenen”* zu der nunmehr zuständigen Meldebehörde. Dies erfolgt mittels des vorausgefüllten Meldescheines oder im Rahmen der Rückmeldung. Gleichzeitig wird dem BZSt unter Angabe des VBM das nunmehr für den Betroffenen zuständige Meldeamt mitgeteilt. Das BZSt ist dadurch in der Lage, die neu vergebene IdNr dem jeweils zuständigen Meldeamt mitzuteilen. Die sichere Identifikation des Betroffenen auf Seiten der Meldebehörde erfolgt mittels des VBM.

Dieser Mechanismus gilt generell. Er wird aber insbesondere während der Aufbau- und Konsolidierungsphase intensiv genutzt werden, weil während dieser Phase von langen Zeiträumen zwischen der Beantragung einer neuen IdNr und deren Vergabe auszugehen ist. Die Wahrscheinlichkeit dafür, dass der Betroffene in dieser Zwischenzeit seinen Wohnort wechselt und damit ein anderes Meldeamt zuständig wird, ist somit besonders hoch.

An dem festgelegten Stichtag (01.07.2007) vergeben alle Meldeämter *in einer logischen Sekunde* für alle in ihrem Zuständigkeitsbereich gemeldeten Personen ein eindeutiges VBM. Anschließend beantragen sie auf die eben beschriebene Weise die IdNr für diese Personen. Während der Aufbau- und Konsolidierungsphase wird zwischen den Meldeämtern und dem BZSt unter Bezug auf das VBM kommuniziert. Sukzessive werden die VBM durch IdNr ersetzt. Irgendwann werden fast alle Konfliktfälle geklärt sein, und die meisten der zum Stichtag vergebenen VBM sind durch IdNr ersetzt worden. Die Aufbau- und Konsolidierungsphase ist damit beendet, sie wird durch die Produktivphase ersetzt.

Bild 7-2 Übersicht über die Datenübermittlungen mit dem Bundeszentralamt für Steuern



7.2.3 Dubletten und Konflikte

Stellt das BZSt im Rahmen einer Anforderung einer IdNr mittels eines Datenabgleiches in der BZSt-Datenbank fest, dass es bereits Datensätze mit (fast) identischen persönlichen Daten gibt, so könnte dies auf eine „*Dublette*“ hindeuten. Möglicherweise ist der Betroffene in mehr als einer Gemeinde mit Haupt- oder alleiniger Wohnung gemeldet. In mindestens einem der Melderegister ist dann eine Korrektur erforderlich. Es ist allerdings keineswegs sicher, dass es sich wirklich um ein Problem handelt. Es kann auch eine rein zufällige Übereinstimmung von Daten zweier verschiedener Personen vorliegen.

Das BZSt generiert in diesen Situationen einen Konfliktfall, wobei je nach Phase („*Erstvergabe*“ oder „*laufender Betrieb*“) unterschiedlich verfahren wird. Jeder Konfliktfall wird einem eindeutigen Konfliktmanagement zugeordnet. Das BZSt kann die Konflikte nicht klären, aber es ist zuständig für die Überwachung der Klärung im Zusammenhang mit den Meldebehörden.

Wir haben folgende Situationen identifiziert, die zu Dubletten führen können:

1. Erstvergabe – Das BZSt verschickt eine Nachricht `datenuebermittlung.konfliktmitteilung.0505` an die an der vermuteten Dublette beteiligten Meldebehörden, damit diese von Amts wegen die Klärung untereinander herbeiführen.

Die Prüfung bei den Meldebehörden kann ergeben:

- a. Es handelt sich um verschiedene Personen. Daher ist von den beteiligten Meldebehörden die Nachricht `datenuebermittlung.zustaendigkeit.0509` zu schicken.

Auf Seiten des BZSt wird die Dublette aufgelöst, da es sich um verschiedene Personen handelt.

- b. Es handelt sich um ein- und dieselbe Person. Damit ist nur eine Gemeinde zuständig und schickt folglich eine Nachricht `datenuebermittlung.zustaendigkeit.0509`.

Nicht zuständige Gemeinden schicken eine Nachricht `datenuebermittlung.nichtzustaendigkeit.0511`, um mitzuteilen, dass sie für diese Person *nicht* zuständig ist. Im Zuge der Versendung dieser Nachricht ist das VBM zu löschen.

2. Produktionsbetrieb – Beim BZSt ist ein *eingeschwungener Zustand* vorhanden. Durch den Empfang einer Nachricht von einer Meldebehörde wird ein möglicher Konfliktfall ausgelöst. Daraufhin verschickt das BZSt an die auslösende Meldebehörde eine Nachricht `datenuebermittlung.konfliktmitteilunganausloeser.0503`, wodurch diese Meldebehörde mit der Klärung des Sachverhalts beauftragt wird.

Die Prüfung bei der auslösenden Meldebehörde kann ergeben:

- a. **Es handelt sich um eine neue Person:** In diesem Fall liegt keine Dublette vor, die anderen Meldebehörden sind daher nicht betroffen und die auslösende Meldebehörde teilt durch Übersendung einer Nachricht `datenuebermittlung.zustaendigkeit.0509` ihre Zuständigkeit für diese (neue) Person mit.
- b. **Die Meldebehörde ist nicht zuständig:** Die Klärung hat ergeben, dass die auslösende Meldebehörde nicht für die Person zuständig ist. Dies teilt sie dem BZSt mit einer Nachricht `datenuebermittlung.nichtzustaendigkeit.0511` mit. Die anderen Meldebehörden brauchen nicht aktiv zu werden.
- c. **Die Person ist bereits bei einer anderen Meldebehörde registriert:** Falls die auslösende Meldebehörde im Rahmen der Klärung feststellt, dass die Person, für die eine IdNr beantragt worden ist, bereits bei einer anderen Meldebehörde registriert ist, storniert sie mit einer Nachricht `datenuebermittlung.zustaendigkeitnachdublette.0512` ihre IdNr-Beantragung. Statt dessen gibt sie dem BZSt diejenige IdNr bekannt, welche weiterhin geltend sein soll.

7.2.4 Änderung persönlicher Daten des Betroffenen

Eine Nachricht zur Änderung der persönlichen Daten des Betroffenen erfolgt grundsätzlich immer unter Angabe des VBM oder der IdNr des Betroffenen.

Es wird stets der gesamte Datensatz mit den aktuellen Daten nach Änderung übermittelt. Bei einer Fortschreibung werden in der BZSt-Datenbank alle vorhandenen Daten des Betroffenen durch die in der Nachricht befindlichen aktuellen Daten ersetzt. (Im Rahmen des § 139b AO speichert das BZSt die durch die Änderung inaktuell gewordenen Namens- und Adressangaben.)

Änderungsnachrichten dürfen nur durch die für den Betroffenen zuständige Meldebehörde an das BZSt übermittelt werden. Änderungsnachrichten von nicht zuständigen Meldebehörden werden vom BZSt zurückgewiesen.

Die Ummeldung / der Statuswechsel innerhalb der Gemeinde führt nicht zu einem Wechsel der für den Betroffenen zuständigen Meldebehörde. Dieser Geschäftsvorfall wird daher als normale Änderungsnachricht übermittelt. Die neue Anschrift ist Bestandteil der aktuellen Daten des Betroffenen.

Ein gemeindeübergreifender Umzug/Statuswechsel führt zu einem Wechsel der Zuständigkeiten. Dieser Geschäftsvorfall wird daher mit einer anderen Nachricht mitgeteilt, in der die neue Meldebehörde das BZSt darüber informiert, dass sie ab jetzt für den Betroffenen zuständig ist. Die neue Anschrift des Betroffenen ist Bestandteil dieser Nachricht.

7.3 Der Ablauf im Detail

Wir beschreiben in diesem Abschnitt sowohl die stichtagsbezogene, erstmalige Vergabe der IdNr an alle Steuerpflichtigen als auch den Produktivbetrieb, also die Phase nach dem Stichtag.

7.3.1 Das vorläufige Bearbeitungsmerkmal (VBM) und die Vergabe der IdNr

1. Stellt eine Meldebehörde fest, dass ein Betroffener noch keine IdNr hat, so muss sie entsprechend § 139b Abs. 7 eine Nachricht mit den Daten des Betroffenen an das BZSt senden. Sie wird eine Antwortnachricht erhalten, in der die vom BZSt vergebene IdNr des Betroffenen enthalten ist. Um die eindeutige Zuordnung dieser IdNr an den Betroffenen sicherzustellen, vergibt die Meldebehörde daher in einem ersten Schritt ein (bundesweit eindeutiges!) vorläufiges Bearbeitungsmerkmal (VBM) für den Betroffenen.
2. Dieses VBM wird an das BZSt übermittelt. Das BZSt wird eine IdNr vergeben und sie der Meldebehörde mitteilen.
3. In der Zwischenzeit (also in der Zeit von der Vergabe des VBM durch die Meldebehörde bis zur Übermittlung der IdNr des Betroffenen vom BZSt an das dann zuständige Meldeamt) wird das VBM des Betroffenen wie dessen IdNr behandelt:
 - a. Es wird im Melderegister gespeichert.
 - b. Es wird bei Umzügen des Betroffenen im Rahmen des vorausgefüllten Meldescheines sowie der Rückmeldung von der Wegzugs- an die Zuzugsmeldebehörde übermittelt.
 - c. Bezüglich datenschutzrechtlicher Regelungen gelten die gleichen Regelungen wie bei der IdNr.
4. Sobald die vom BZSt übertragene IdNr im Melderegister eingetragen worden ist, wird die IdNr anstelle des VBM verwendet. Für einen Übergangszeitraum, dessen Länge noch zu definieren ist, können im Melderegister VBM und IdNr parallel gespeichert werden. In den Nachrichten (mit Ausnahme der Nachricht `datenuebermittlung.antwortidnr.0501`) wird, sobald bekannt, nur die IdNr übertragen, bis zu diesem Zeitpunkt nur das VBM.
5. Benötigt die Meldebehörde nach Buchung einer Rücknahme
 - der Abmeldung ins Ausland,
 - der Abmeldung von Amts wegen,
 - der Abmeldung nach unbekannt *oder*
 - des Todes der Personauf Grund der gesetzlich vorgeschriebenen Löschung des VBM oder der IdNr erneut die Zuteilung einer IdNr vom BZSt, so übermittelt sie wiederum eine Nachricht `datenuebermittlung.anforderungidnr.0500`.

7.3.2 Detaillierung der Kommunikation zwischen Meldebehörden und dem BZSt

Wie bereits beschrieben unterscheiden wir zwischen den folgenden beiden Betriebsarten:

Erstvergabe Diese Phase beginnt, sobald alle Meldebehörden ihre Erstübermittlungen abgeschlossen haben (geplanter Termin: 01.10.2007).

In dieser Phase findet auf Seiten des BZSt die Konsolidierung der mehr als 80 Millionen übermittelten Datensätze statt. Während dieses Prozesses werden sukzessive die VBM durch IdNrn ersetzt. Allerdings erfolgt die Übermittlung der IdNrn an die Meldebehörden (und per Briefpost an die Betroffenen) erst zum Ende dieser Phase.

Laufender Betrieb An die Erstvergabe schließt sich der laufende Betrieb an. Diese Betriebsart ist dadurch gekennzeichnet, dass im wesentlichen nur noch mit IdNrn gearbeitet wird. VBMs kommen nur noch bei z. B. Geburten und Zuzügen aus dem Ausland sowie der Klärung noch offener Konfliktfälle (aus der Erstvergabe-Phase) ins Spiel.

Die beiden Betriebsarten weichen in ihrem Prozesscharakter voneinander ab. Daher werden sie in den beiden nachfolgenden Unterabschnitten entsprechend beschrieben.

Hinweis: Nach einem Zuzug aus dem Ausland ist *immer* eine IdNr beim BZSt mit einer Nachricht **datenuebermittlung.anforderungidnr.0500** zu beantragen, da, wie am Ende des Abschnitts *“Ausgangssituation und Zielsetzung”* beschrieben, aufgrund der geltenden Rechtslage die IdNr des Betroffenen beim Wegzug ins Ausland (oder nach unbekannt) gelöscht werden muss.

7.3.2.1 Die erstmalige Zuteilung zu einem Stichtag (§ 139b Abs. 6 AO)

Die erstmalige Zuteilung der IdNr wird stichtagsbezogen durchgeführt. Zu diesem Stichtag vergeben alle Meldebehörden Deutschlands dezentral für alle bei ihnen mit Hauptwohnung gemeldeten Einwohner je ein VBM. Für die Erzeugung der Erstmeldung ist maßgeblich, dass der Einwohner am Stichtag um 00:00 Uhr mit alleiniger Wohnung bzw. Hauptwohnung im Bestand geführt ist.

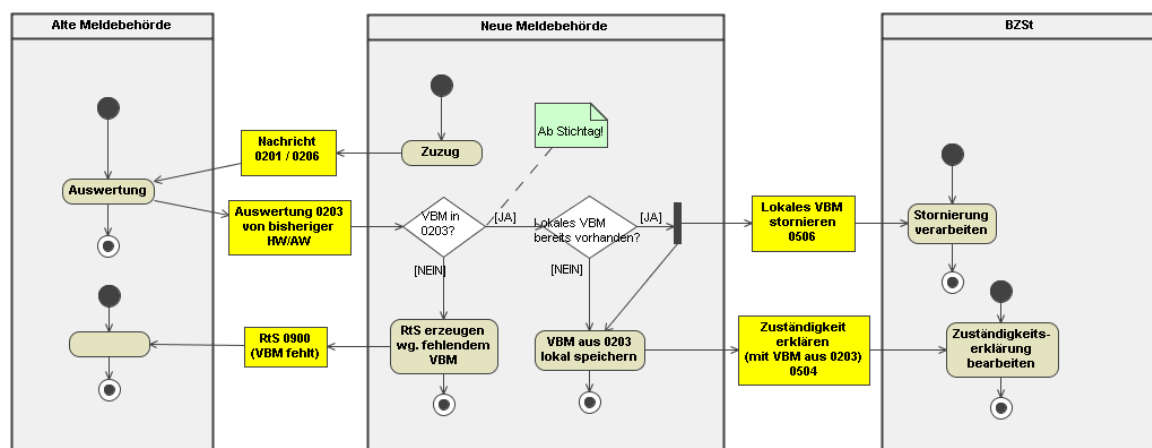
Stellt sich in einer nach dem Stichtag eingehenden Rückmeldungsauswertung **rueckmeldung.auswertung.0203** heraus, dass sowohl die bisherige als auch die neue Meldebehörde ein VBM generiert und damit die Zuteilung einer IdNr mit der Nachricht **datenuebermittlung.anforderungidnr.0500** beantragt haben, so storniert die neue Meldebehörde ihre Anforderung mit der Nachricht **datenuebermittlung.stornoanforderungidnr.0506**, überschreibt das VBM im eigenen Bestand mit dem VBM der bisherigen Meldebehörde und erklärt mit dem VBM der bisherigen Meldebehörde in der Nachricht **datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504** die Zuständigkeit gegenüber dem BZSt.

Falls nur die bisherige Meldebehörde ein VBM erzeugt hat, erklärt die neue Meldebehörde mit diesem VBM ihre Zuständigkeit.

Sofern nur die neue Meldebehörde ein VBM erzeugt hat, ist keine weitere Benachrichtigung des BZSt erforderlich.

Die Vorgehensweise in den vorgenannten vier Situationen ist in [Bild 7-3 auf Seite 359](#) dargestellt.

Bild 7-3 Stichtagsbezogene Zuteilung der IdNr



Durch einen relativ einfachen Mechanismus wird die Eindeutigkeit des VBM sichergestellt: Für das VBM ist im DSMeld das Feld 2702 mit einer Länge von 20 Zeichen vorgesehen. Der Aufbau ist in der Beschreibung des DSMeld-Feldes wie folgt geregelt: AGS + MR-eindeutiges Merkmal mit 8+12=20 Stellen, z. B. "10010010123456789012".

In einem anschließenden Prozess vergibt das BZSt für alle Betroffenen die IdNr und teilt diese mit.

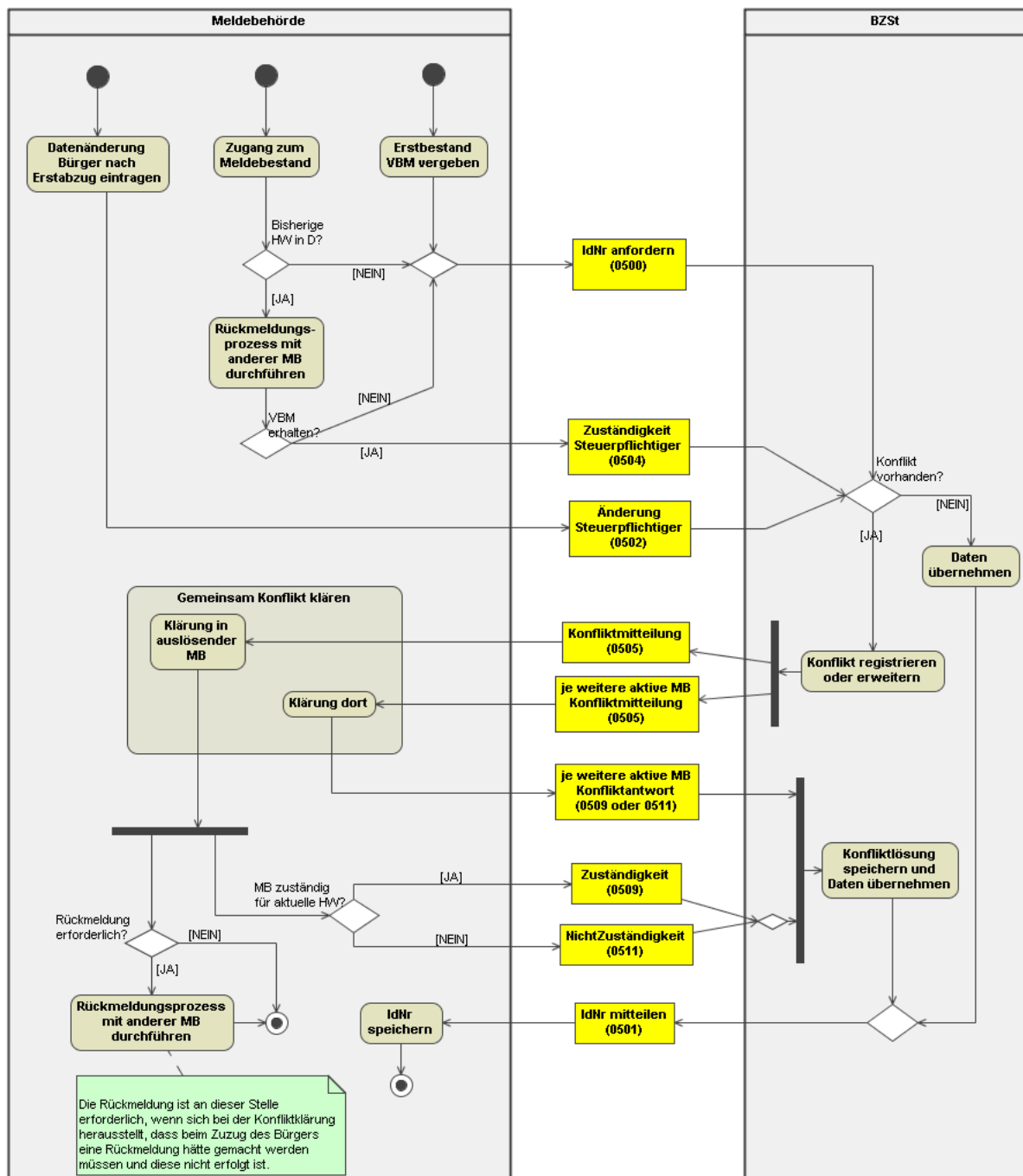
In der Praxis wird vor allem die Tatsache zu beachten sein, dass die Zeit von der Vergabe des VBM bis zur Vergabe der IdNr erheblich länger sein wird als im "Produktivbetrieb" (vermutlich mehrere Monate während der Erstvergabe zum Stichtag, später wenige Stunden). Dieser Zeitbedarf ist unproblematisch, wenn in der Zwischenzeit das VBM genau wie die IdNr des Betroffenen behandelt und bei einem Umzug des Betroffenen als Bestandteil des vorausgefüllten Meldescheines und der Rückmeldung von der Wegzugs- an die Zuzugswohnung übermittelt wird.

Zu beachten ist weiterhin, dass das BZSt die IdNr des Betroffenen an die Meldebehörde seiner *aktuellen Hauptwohnung* senden muss (dies kann eine andere Gemeinde sein als die, welche für den Betroffenen die Vergabe der IdNr beantragt hat).

Hinweis: Da nach einem Wiederezug aus dem Ausland bei keiner Meldebehörde mehr die IdNr des Betroffenen gespeichert ist, darf folglich auch keine Nachricht **datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504** geschickt werden. Statt dessen ist eine Neubeantragung mit der Nachricht **datenuebermittlung.anforderungidnr.0500** durchzuführen. (Eine Zuständigkeitserklärung **datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504** setzt *immer* das Vorhandensein einer IdNr voraus.)

In [Bild 7-4 auf Seite 361](#) ist der Erstvergabe-Prozess dargestellt.

Bild 7-4 Der Prozess der „Erstvergabe“



7.3.2.2 Der laufende Betrieb

Im laufenden Betrieb erfolgt die Erstvergabe einer IDNr nur noch:

- bei einer Geburt,
- bei einem Zuzug aus dem Ausland sowie
- für noch aus der Erstvergabe-Phase offene Konflikte.

Die Meldebehörde vergibt im Rahmen der Erfassung der Person ein VBM, das genau so gebildet wird wie bei der Erstvergabe beschrieben.

Anschließend sendet sie eine Nachricht **datenuebermittlung.anforderungidnr.0500** zur Anforderung der IdNr, die im Regelfall durch das BZSt mit der Nachricht **datenuebermittlung.antwortidnr.0501** beantwortet wird, in der die festgelegte IdNr mitgeteilt wird.

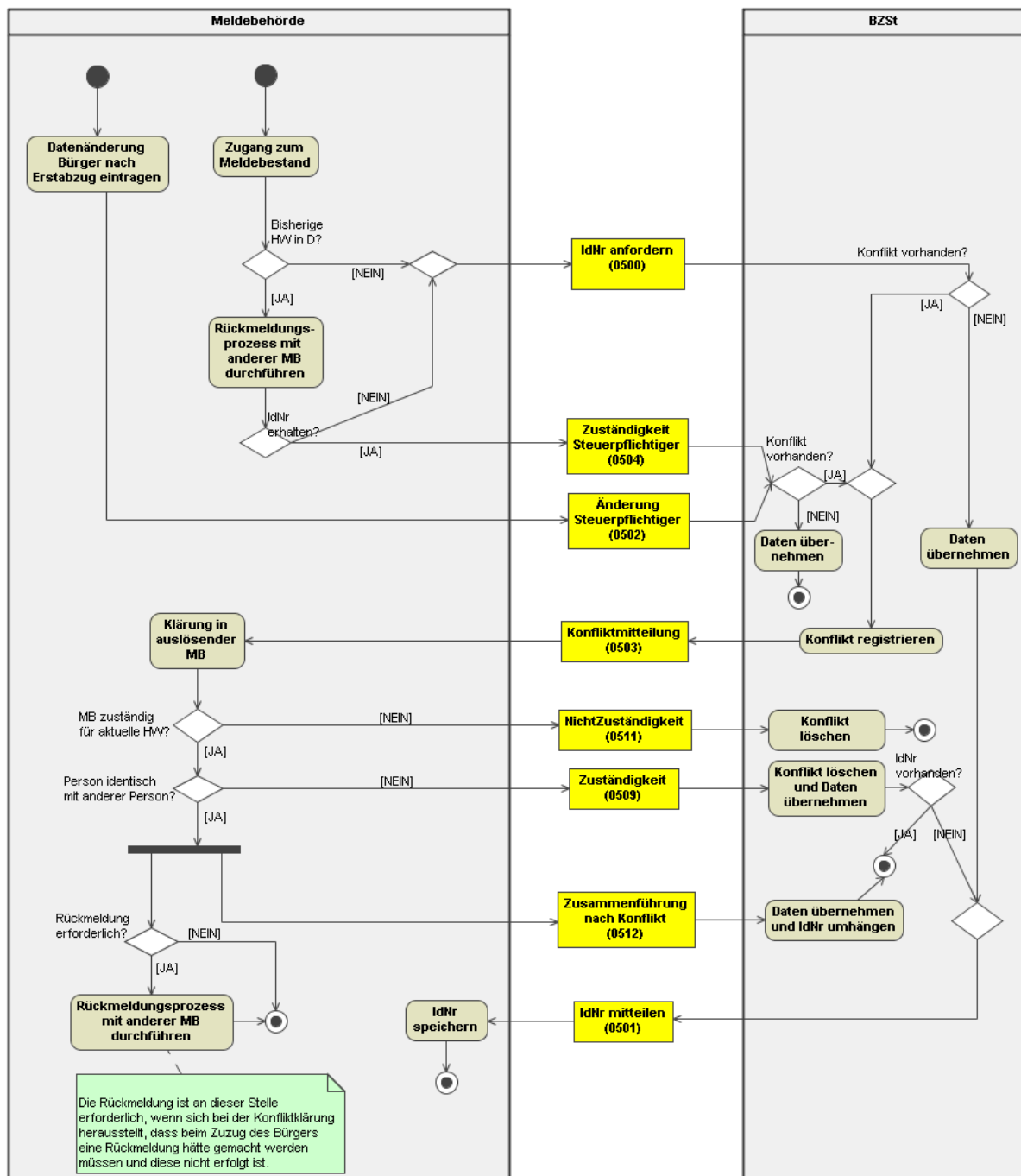
Abweichungen zu dieser Regel wird es geben, wenn bei der Prüfung durch das BZSt Hinweise darauf erkannt werden, dass die betroffene Person bereits im Bestand gespeichert ist. In diesem Fall wird die anfordernde Meldebehörde über den Sachverhalt mit einer Nachricht **datenuebermittlung.konfliktmitteilunganausloeser.0503** informiert und zur Klärung aufgefordert. Der Ablauf der Konfliktbearbeitung ist in [Abschnitt 7.3.10 auf Seite 368](#) beschrieben.

Da der Klärungsprozess eine bestimmte Zeitspanne in Anspruch nimmt, ist es natürlich möglich, dass sich zum betrachteten Datensatz Änderungen ergeben. Deshalb muss die Meldebehörde unabhängig von den Aktivitäten der Klärung alle in der Folge aufgeführten Nachrichten des Regelbetriebes an das BZSt übersenden. Mitgeteilt werden muss also die Änderung der Daten mit der Nachricht **datenuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502** oder das Ende der Zuständigkeit mit der Nachricht **datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510**. Wechselt die Zuständigkeit zur Person, muss auch die neu zuständige Behörde eine Nachricht **datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504** übersenden.

Hinweis: Da nach einem Wiedereinzug aus dem Ausland bei keiner Meldebehörde mehr die IdNr des Betroffenen gespeichert ist, darf folglich auch keine Nachricht **datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504** geschickt werden. Statt dessen ist eine Neubeantragung mit der Nachricht **datenuebermittlung.anforderungidnr.0500** durchzuführen. (Eine Zuständigkeitserklärung **datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504** setzt *immer* das Vorhandensein einer IdNr voraus.)

In [Bild 7-5 auf Seite 363](#) ist der laufende Betrieb dargestellt.

Bild 7-5 Der "laufende Betrieb"



7.3.2.3 Die Nichtzuordenbarkeit des VBM / der IdNr im Melderegister

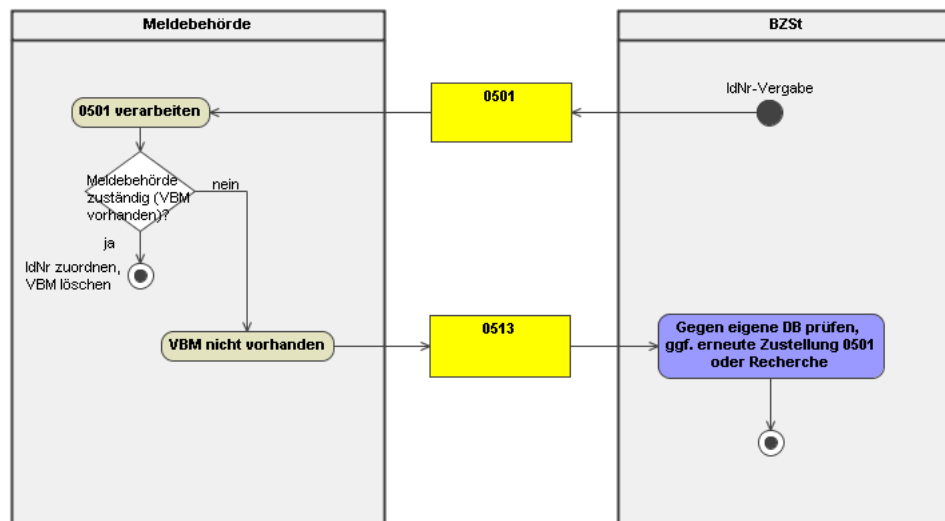
Sollte die Meldebehörde die Nachricht `dateneuebermittlung.antwortidnr.0501` des BZSt erhalten, obwohl sie nicht mehr zuständig ist, so reagiert sie darauf mit der Nachricht `dateneuebermittlung.nichtmehrzustandigkeit.0513`.

Da mit dem Ende der Zuständigkeit die Meldebehörde das VBM resp. die IdNr löscht, kann sie auch keine Zuordnung aus der Nachricht `dateneuebermittlung.antwortidnr.0501` im Melderegister vornehmen.

Daher enthält die Nachricht **dateneuebermittlung.nichtmehrzustandigkeit.0513** den Inhalt der Nachricht **dateneuebermittlung.antwortidnr.0501**.

In [Bild 7-6 auf Seite 364](#) ist dargestellt, wie bei Nichtzuordenbarkeit verfahren wird.

Bild 7-6 “Nichtzuordenbarkeit” des VBM / der IdNr im Melderegister



7.3.2.4 Die Nichtzustellbarkeit der IdNr-Benachrichtigung an den Bürger

Nach der Vergabe der IdNr wird dem Einwohner diese einschließlich der beim BZSt gespeicherten Daten per Briefpost mitgeteilt. Sollte der Brief nicht an die angegebene Adresse zustellbar sein, so erfolgt keine Nachsendung sondern die Weiterleitung des Briefes an die für diese Adresse zuständige Meldebehörde. (Hierzu wird insbesondere auch auf den Kommentar im Kindelement **ruecksendeinfo-nichtzustellbarkeit** der Nachrichten **dateneuebermittlung.anforderungidnr.0500**, **dateneuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502** und **dateneuebermittlung.zustandigkeitssteuerpflichtiger.0504** verwiesen.)

Es ist davon auszugehen, dass die Nachricht **dateneuebermittlung.antwortidnr.0501** vor dem Zustellungsversuch beim Einwohner bei der zuständigen Meldebehörde eingeht. Sollte die IdNr-Benachrichtigung an den Bürger nicht zugestellt werden können, obwohl die Meldebehörde während der IdNr-Zuteilung (noch) zuständig war, so muss sie dieses dem BZSt mitteilen. Für die Nichtzustellbarkeit kann es mehrere Gründe geben:

- nicht beschrifteter Briefkasten
- nicht vorhandener oder nicht gefundener Briefkasten
- Steuerpflichtiger ist zwischenzeitlich weggezogen oder verstorben
- etc

Dies stellt die Meldebehörde aber erst fest, wenn sie die nicht zustellbaren Briefe zur weiteren Aufklärung erhalten hat.

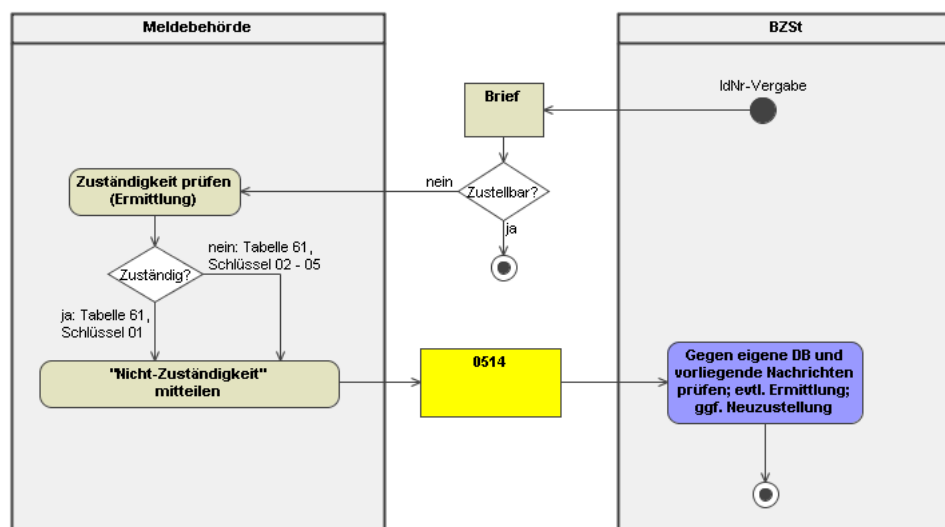
In diesen Fällen muss die Meldebehörde prüfen, ob ihre Melderegisterdaten noch der Realität entsprechen. Sie teilt dem BZSt mit der Nachricht **dateneuebermittlung.briefnichtzustellbar.0514** diese Tatsache sowie anhand des Schlüsselwertes aus Schlüsseltabelle 61 (Schlüssel 01 – 05) die entsprechende Ausprägung mit:

- Sollte die Meldebehörde erst durch diese Prüfung feststellen, dass sie weiterhin zuständig ist (Schlüsseltabelle 61, Schlüsselwert 01), so liegt ihr aber das VBM resp. die IdNr vor und sie kann diese in der Nachricht **dateneuebermittlung.briefnichtzustellbar.0514** übermitteln.

- Liegt keine Zuständigkeit bei Prüfung mehr vor (Schlüsseltabelle 61, Schlüsselwerte 02 – 05), so wurde das VBM resp. die IdNr mit dem Ende der Zuständigkeit gelöscht. In diesen Fällen darf die Meldebehörde die nicht an den Betroffenen zustellbare IdNr-Benachrichtigung öffnen. Sie übernimmt die darin enthaltene IdNr und übermittelt sie im Kindelement **steueridentifikation** in der Nachricht **datenuebermittlung.briefnichtzustellbar.0514**. Anschließend vernichtet die Meldebehörde das IdNr-Benachrichtigungsschreiben.

In [Bild 7-7 auf Seite 365](#) ist dargestellt, wie bei Nichtzustellbarkeit verfahren wird.

Bild 7-7 “Nichtzustellbarkeit” der IdNr-Benachrichtigung



7.3.3 Rückweisung von Nachrichten

Bei nicht validierbaren Nachrichten, abgelaufenen Zertifikaten etc. reagiert der Empfänger mit einer ReturnToSender-Nachricht (**administration.returntosender.0901**, **administration.returntosender.0902**).

7.3.4 Plausibilitätsprüfung

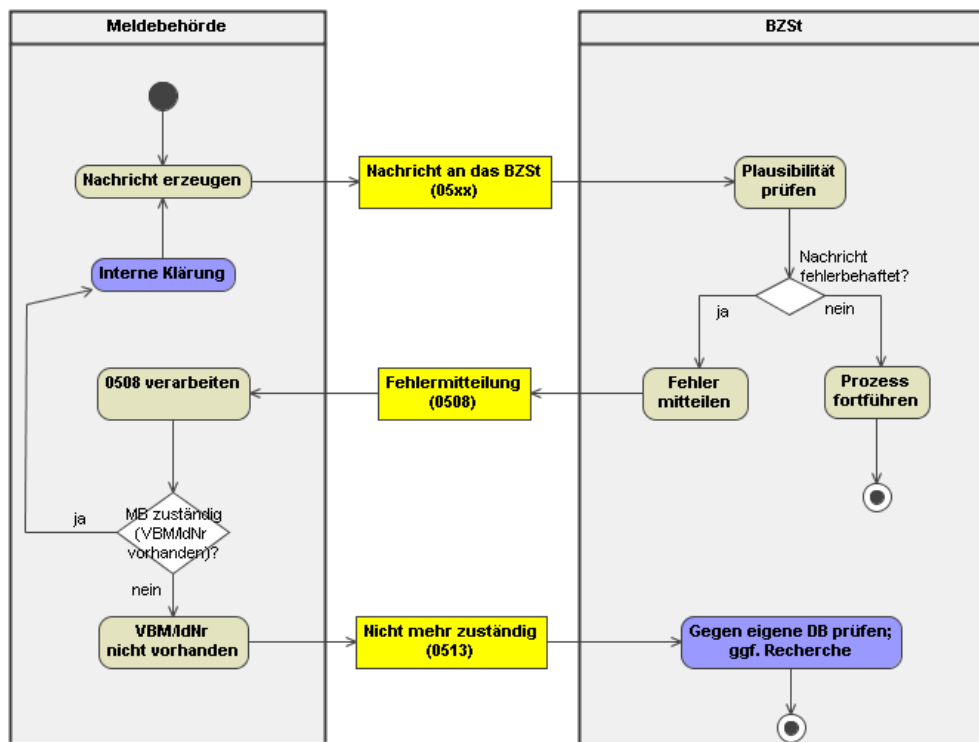
Bei den Prozessmodell-Diagrammen für die Erstvergabe und den laufenden Betrieb haben wir aus Gründen der Übersichtlichkeit auf die Betrachtung der Plausibilitätsüberprüfung auf Seiten des BZSt verzichtet. Dies holen wir mit der Darstellung des Teilprozesses zur Plausibilitätsprüfung in [Bild 7-8 auf Seite 366](#) nach.

Es muss damit gerechnet werden, dass bei der Übermittlung von Nachrichten in Einzelfällen auch konkrete Fehler entdeckt werden. In einem solchen Fall kann die Nachricht durch das BZSt nicht verarbeitet werden. Die Meldebehörde wird über diesen Sachverhalt durch Übersendung der Nachricht **datenuebermittlung.fehlerhaftenachricht.0508** informiert.

Derzeit unterscheiden wir folgende Konflikt-/Fehlersituationen:

- Die IdNr befindet sich nicht im BZSt-Bestand.
- Es liegt ein Eingabefehler bei der IdNr vor (Zahlendreher).
- Es gibt mehrere Meldungen zu einer im BZSt-Bestand gespeicherten Person.
- Doppelte Erstlieferung des VBM.
- Bei einer Änderungsmitteilung aufgrund einer Fortschreibung in der mitteilenden Meldebehörde besteht eine Abweichung zwischen **person.vorher** und dem BZSt-Bestand. Mögliche Folgerung: *“Verlorene Nachricht?”*

- Die Nachricht enthält Fehler (Geburtsdatum liegt in der Zukunft, fehlende Einträge in Pflichtfeldern, etc).

Bild 7-8 Plausibilitätsprüfung

Sollte die Meldebehörde die Nachricht `dateneuebermittlung.fehlerhaftenachricht.0508` des BZSt erhalten, obwohl sie nicht mehr zuständig ist, so reagiert sie darauf mit der Nachricht `dateneuebermittlung.nichtmehrzustaendigkeit.0513`.

Da mit dem Ende der Zuständigkeit die Meldebehörde das VBM resp. die IdNr löscht, kann sie auch keine Zuordnung aus der Nachricht `dateneuebermittlung.fehlerhaftenachricht.0508` im Melde- register vornehmen.

Daher enthält die Nachricht `dateneuebermittlung.nichtmehrzustaendigkeit.0513` den Inhalt des Kindelementes `steueridentifikation` der Nachricht `dateneuebermittlung.fehlerhaftenachricht.0508`.

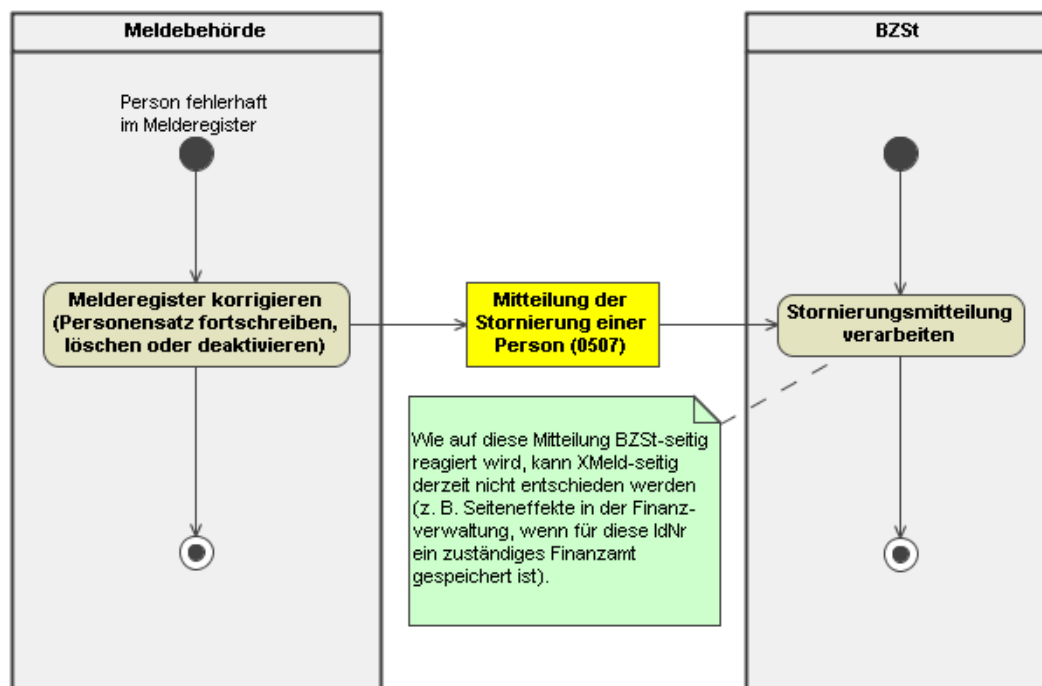
7.3.5 Mitteilung einer Änderung (ohne Stornierung einer Person)

Ändern sich zu einer mit Haupt- oder alleiniger Wohnung gemeldeten Person die in § 139 AO genannten Daten, ohne dass es sich um einen Zugang oder Abgang aus dem Meldedatenbestand handelt und ohne dass sich die Zuständigkeit für diesen Datensatz ändert, so ist diese Änderung unverzüglich dem BZSt mitzuteilen. Dazu ist die Nachricht `dateneuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502` zu verwenden.

Dem BZSt werden in diesem Fall immer die in § 139 AO genannten Daten komplett übergeben – unabhängig von der Art der Änderung der Daten.

7.3.6 Mitteilung der Stornierung einer Person

Wenn innerhalb eines Melderegisters beispielsweise durch einen Konsolidierungslauf eine Person ermittelt wird, die *„nicht existiert“*, so informiert die Meldebehörde das BZSt über diesen Sachverhalt mit der Nachricht `dateneuebermittlung.stornierungperson.0507`, siehe [Bild 7-9 auf Seite 367](#).

Bild 7-9 Mitteilung der Stornierung einer Person

7.3.7 Zuständigkeitswechsel durch gemeindeübergreifenden Wohnsitzwechsel

Wenn ein Betroffener durch Zuzug in eine Gemeinde oder durch gemeindeübergreifenden Statuswechsel eine neue Hauptwohnung (oder alleinige Wohnung) bezieht, ist hiermit ein Zuständigkeitswechsel verbunden.

Zwar ist mit der erfolgten Anmeldung (idealerweise unter Nutzung des vorausgefüllten Meldescheines) bei der Meldebehörde der neuen Hauptwohnung (oder alleinigen Wohnung) die melderechtliche Zuständigkeit neu festgelegt, dies hat allerdings noch keine Außenwirkung insbesondere in Richtung BZSt. – Zunächst muss noch ein Rückmeldeprozess gestartet werden, der komplett durchzuführen ist. Bei Auswertungsabweichungen (oder nicht möglicher Identifikation) wird im Rahmen des Rückmeldeprozesses eine manuelle Fallklärung durchgeführt.

Anschließend informiert die Meldebehörde, die für die neue Haupt- oder alleinige Wohnung zuständig ist, das BZSt mit der Nachricht `dateneuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504` über den mit der erfolgten Anmeldung verbundenen Zuständigkeitswechsel. Dies ist in den beiden Prozessmodellen in [Abschnitt 7.3.2 auf Seite 358](#) dargestellt ([Bild 7-4 auf Seite 361](#) und [Bild 7-5 auf Seite 363](#)).

Diese Vorgehensweise ist auch bei einem gemeindeübergreifenden Wohnsitzwechsel bzw. einem Statuswechsel innerhalb einer Meldebehörde anzuwenden.

7.3.8 Ende der Zuständigkeit einer Meldebehörde

In bestimmten Fällen endet die Zuständigkeit einer Meldebehörde für den Betroffenen. Dies kann die Meldebehörde mit der Nachricht `dateneuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510` dem BZSt mitteilen. Diese Nachricht wird in folgenden Fällen geschickt:

- Abmeldung ins Ausland
- Abmeldung nach Unbekannt
- Abmeldung von Amts wegen
- Tod des Betroffenen

7.3.9 Rücknahme der Nichtzuständigkeit (inkl. Sonderfall *“Korrektur Sterbedatum”*)

Bis einschließlich OSCI-XMeld 1.3.2 war davon ausgegangen worden, dass mit der Nachricht **datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510** die Rücknahme der Nichtzuständigkeit (vier Sachverhalte) möglich ist. Dies ist nicht der Fall, da *“Nichtzuständigkeit”* auf Seiten der Meldebehörde bedeutet, dass VBM/IdNr gelöscht werden. Damit stehen aber zu einem späteren Zeitpunkt die notwendigen Identifikationsdaten für eine Nachricht **datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510** überhaupt nicht mehr zur Verfügung. Somit werden die Schlüssel 05 – 08 in Schlüsseltabelle 48 gelöscht.

Daher wird die Rücknahme über eine Neuansforderung mit der Nachricht **datenuebermittlung.anforderungidnr.0500** realisiert, wobei der neue Schlüssel 05 *“Neuanforderung IdNr wegen Rücknahme der Nichtzuständigkeit”* zu verwenden ist. (Dadurch erkennt das BZSt unmittelbar, dass für einen Betroffenen eine IdNr angefordert wird, obwohl der Betroffene bereits mit IdNr im BZSt-Bestand existieren muss.)

Der Sonderfall der Korrektur eines Sterbedatums wird demnach wie folgt realisiert:

- zunächst Nachrichten 0500/0501 zur Neu-Anforderung und Übermittlung der (alten) IdNr
- anschließend Nachricht 0510 zur Mitteilung des Todes des Betroffenen

Da als logische Konsequenz die Nachricht 0502 nur noch für die Bruttodatenänderung verwendet wird, ist damit auch nur noch der Schlüssel 10 aus Tabelle 47 erlaubt. Aus Vereinfachungsgründen wird daher die Schlüsseltabelle 47 ganz gelöscht und das betroffene Kindelement aus Nachricht 0502 entfernt.

7.3.10 Mögliche Konflikte im Rahmen der Datenübermittlung zwischen dem BZSt und den Meldebehörden

Es ist davon auszugehen, dass beim Aufbau der BZSt-Datenbank und bei Neuzugängen auf Seiten des BZSt mögliche Konflikte im Melderegister entdeckt werden. Aufgrund § 4a Abs. 3 MRRG ist das BZSt verpflichtet, bei Vorliegen von konkreten Anhaltspunkten bzgl. unrichtiger Daten im Melderegister die zuständige(n) Meldebehörde(n) unverzüglich zu unterrichten. Hierfür werden in der Phase der Erstvergabe die Nachrichten **datenuebermittlung.konfliktmitteilung.0505** sowie **datenuebermittlung.konfliktmitteilunganausloeser.0503** im laufenden Betrieb verwendet.

Bei Auftreten derartiger Fälle führt das BZSt ein Konfliktmanagement durch. Dazu erhalten die an einem Konflikt beteiligten Meldebehörden im Rahmen der Nachrichten **datenuebermittlung.konfliktmitteilung.0505** bzw. **datenuebermittlung.konfliktmitteilunganausloeser.0503** jeweils ein eindeutiges Element vom Typ **type.bzst.konfliktmanagement** mit übermitteln (wobei das darin enthaltene *Konfliktkennzeichen* bei allen Elementen identisch ist). Diese Konfliktmanagement-Elemente werden dann sowohl in der Kommunikation der Meldebehörden untereinander (bei der sog. *“Klärung von Amts wegen”*) als auch in der weiteren Kommunikation von Meldebehörden mit dem BZSt verwendet.

Sollte ein Konfliktfall auf Seiten der Meldebehörde(n) unbeantwortet bleiben, so kann das BZSt die Nachricht **datenuebermittlung.konfliktmitteilung.0505** bzw. **datenuebermittlung.konfliktmitteilunganausloeser.0503** erneut versenden, versehen mit einem Erinnerungsstatus.

7.3.10.1 Vermutung von Dubletten in der Erstvergabe-Phase

Ganz schematisch aufgeführt läuft das Verfahren der Konfliktklärung bei der Vermutung von Dubletten wie folgt ab:

*Das BZSt übersendet an alle Meldebehörden, für die ein Konfliktfall erkannt wurde, eine Nachricht **datenuebermittlung.konfliktmitteilung.0505**. Die Meldebehörden klären untereinander den Sachverhalt und melden das Resultat jeweils gesondert unter Verwendung der Nachrichten **datenuebermittlung.zustaendigkeit.0509** und **datenuebermittlung.nichtzustaendigkeit.0511**.*

Beispiel:

Bei der Erstvergabe stellt das BZSt fest, dass es hinreichende Ähnlichkeiten bei der Anforderung einer IdNr für jeweils eine Person aus Magdeburg, München und Hamburg gefunden hat. Für diesen Fall wird für alle drei Städte jeweils ein eindeutiges Element vom Typ `type.bzst.konfliktmanagement` vergeben (mit identischem Kindelement `konfliktkennzeichen`, aber unterschiedlichen Kindelementen `dublettennummer`).

Das BZSt schickt an alle drei Meldebehörden jeweils eine Nachricht `datenuebermittlung.konfliktmitteilung.0505`, die neben diesem Konfliktmanagement-Element auch einen Bezug auf die anderen involvierten Meldebehörden enthält.

Nach dem Eintreffen der Nachrichten bei den Meldebehörden treten diese miteinander in Kontakt und klären den Fall, wobei die Art und Weise der Klärung hier nicht beschrieben werden kann, da es sicher von Fall zu Fall Abweichungen geben wird.

Sei das Ergebnis der Klärung, dass die Person aus München identisch ist mit der Hamburger Person und in Hamburg lebt. Die Magdeburger Person ist aber eine eigenständige Person und weist zum "Hamburg-Münchner Fall" nur Ähnlichkeiten auf.

In diesem Fall versenden die Meldebehörden folgende Nachrichten an das BZSt:

- *Die Meldebehörden Hamburg und Magdeburg erklären mit je einer Nachricht `datenuebermittlung.zustaendigkeit.0509` ihre Zuständigkeit. Beide (eigenständigen) Fälle werden im BZSt weiter bearbeitet.*
- *Die Meldebehörde München erklärt mit der Nachricht `datenuebermittlung.nichtzustaendigkeit.0511` ihre Nicht-Zuständigkeit. Der Anforderung der IdNr für München wird beim BZSt gelöscht.*

7.3.10.2 Konfliktauslösung durch eine Meldebehörde im Produktivbetrieb

Das nachfolgende Szenario setzt den Produktivbetrieb des BZSt-Registers mit konsolidiertem Stand voraus. Beteiligt an dem Szenario sind die Meldebehörden Jena, Stuttgart und Berlin. Bei den Meldebehörden Stuttgart und Jena liegt für jeweils eine Person eine eigene IdNr vor.

Nach Zuzug aus dem Ausland nach Berlin wird für die betreffende Person mit der Nachricht `datenuebermittlung.anforderungidnr.0500` eine IdNr beantragt. Durch das BZSt werden Ähnlichkeiten zu je einem Datensatz in Jena und Stuttgart festgestellt.

Das BZSt vergibt ein Konfliktmanagement-Element und informiert Berlin (= die auslösende Meldebehörde) mit einer Nachricht `datenuebermittlung.konfliktmitteilunganausloeser.0503` unter Mitteilung des Konfliktmanagement-Elementes und unter Bezug auf die Datensätze in Jena und Stuttgart über die Vermutung, dass es sich um eine Dublette handeln könnte.

Nun sind folgende Fälle möglich:

1. Es handelt sich nicht um eine Dublette. Der Datensatz bezieht sich auf eine noch nicht gemeldete Person. In diesem Fall teilt Berlin dies dem BZSt unter Verwendung der Nachricht `datenuebermittlung.zustaendigkeit.0509` mit. Jena und Stuttgart werden nicht aktiv.
2. Es wird festgestellt, dass es sich nicht um einen Zuzug aus dem Ausland handelt sondern um einen Zuzug aus dem Inland. Die Person hat früher bzw. bisher bereits in Jena gewohnt. Nun muss zwischen den Behörden ein Rückmeldeverfahren durchgeführt werden, bei dem die Person in Berlin entweder den Status Nebenwohnung oder Alleinige Wohnung resp. Hauptwohnung erhält. Berlin teilt dem BZSt eine der beiden folgenden Nachrichten mit:
 - Berlin ist neue Hauptwohnung resp. Alleinige Wohnung und teilt mit der Nachricht `datenuebermittlung.zustaendigkeitnachdublette.0512` die Zuständigkeit nach Dublettenklärung mit. Bestandteil dieser Nachricht ist die IdNr der bereits beim BZSt bekannten Person. Gleichzeitig wird die vorherige IdNrn-Beantragung hiermit storniert und die IdNr in Berlin im Melderegister eingetragen. Jena und Stuttgart werden auch in diesem Fall nicht aktiv.
 - Berlin ist nur Nebenwohnung und teilt mit der Nachricht `datenuebermittlung.nichtzustaendigkeit.0511` dem BZSt mit, dass Berlin doch nicht zuständig ist. Jena und Stuttgart werden auch in diesem Fall nicht aktiv.

7.4 Datentypen

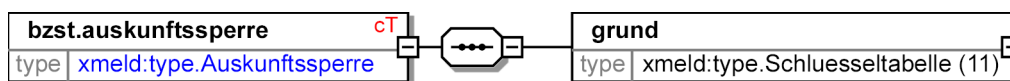
In diesem Abschnitt beschreiben wir die BZSt-bezogenen Datentypen. Für Informationen über die allgemeinen Datentypen sei auf [Abschnitt 2 auf Seite 89](#) verwiesen.

7.4.1 Datentyp für die Übermittlung von Auskunftssperren im BZSt-Kontext

Typ: `type.bzst.auskunftssperre`

Bei einer Datenübermittlung an das BZSt darf nur der Grund für das Bestehen einer Auskunftssperre übermittelt werden. Für diesen Zweck wird dieser eingeschränkte Datentyp bereitgestellt.

Bild 7-10 `type.bzst.auskunftssperre`



Dieser Typ ist eine Einschränkung des Basistyps `type.Auskunftssperre` (siehe [Abschnitt 1.6.2 auf Seite 67](#)).

Kindelement von <code>type.bzst.auskunftssperre</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
grund	<code>type.Schluesstabelle</code>	1		

Das hier neu definierte Kindelement dieses Typs wird in dem folgenden Unterabschnitt beschrieben.

7.4.1.1 `grund (type.Schluesstabelle)`

Es ist der Grund der Auskunftssperre anzugeben.

Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der Schlüsseltabelle 11: *Grund für Auskunftssperre*.

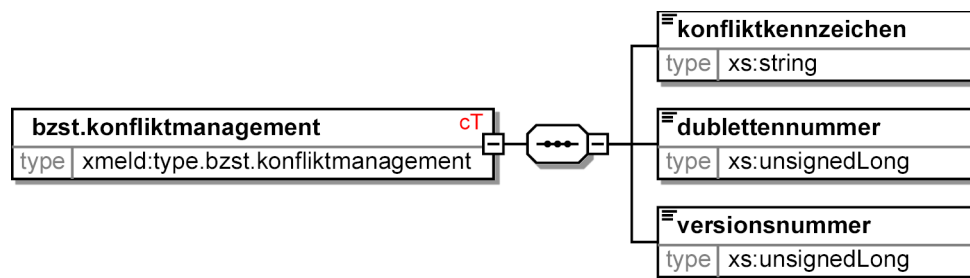
7.4.2 Datentyp für alle zur Identifikation eines BZSt-Konfliktfalles notwendigen Daten

Typ: `type.bzst.konfliktmanagement`

Um alle in Zusammenhang mit einem konkreten Konflikt notwendigen Informationen an *einer* Stelle zusammenzufassen, wurde das Element `type.bzst.konfliktmanagement` definiert.

Dieses Element umfasst folgende Kindelemente:

- `konfliktkennzeichen`
- `dublettennummer`
- `versionsnummer`

Bild 7-11 type.bzst.konfliktmanagement

Kindelemente von type.bzst.konfliktmanagement				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
konfliktkennzeichen	xs:string	1		
dublettennummer	xs:unsignedLong	1		
versionsnummer	xs:unsignedLong	1		

Die hier neu definierten Kindelemente dieses Typs werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

7.4.2.1 konfliktkennzeichen (xs:string)

Das Konfliktkennzeichen wird im Konfliktfall (Bsp. vermutete Dubletten) vom BZSt vergeben. Es identifiziert einen konkreten Konflikt, in dem das BZSt vermutet, dass Unrichtigkeiten oder Unvollständigkeiten in den Melderegistern der beteiligten Meldebehörden vorliegen.

Solange ein Konfliktfall noch nicht abgeschlossen ist und sich zwischenzeitlich zusätzliche Erkenntnisse ergeben, die den dann noch Beteiligten wieder mitgeteilt werden müssen, erfolgt diese Mitteilung unter Erweiterung des bereits verwendeten Konfliktkennzeichens und der bereits verwendeten Dublettennummer um die Versionsnummer (z. B. Konfliktkennzeichen/Dublettennummer/Versionsnummer: 4711/1/1, 4711/1/2, ...). Derartige Situationen werden bereits nach der Erstübermittlung der VBMs an das BZSt mit Beginn der Konsolidierungsphase auftreten.

7.4.2.2 dublettennummer (xs:unsignedLong)

Ein Konfliktfall besteht aus Hinweisen zu mindestens zwei Personen, die nach Erkenntnissen des BZSt als identisch erscheinen. Pro Konfliktfall wird jeder Person eine eindeutige Dublettennummer (DNr) zugeordnet. Die DNr bleibt während der Lebenszeit des Konfliktfalles unverändert bestehen und kann so zur Referenzierung bei der Aufklärung des Konfliktes sowohl bei den beteiligten Meldebehörden wie beim BZSt verwendet werden.

7.4.2.3 versionsnummer (xs:unsignedLong)

Da ein Konfliktfall bei Änderungen durch das BZSt fortgeschrieben wird, kann anhand der ergänzenden Versionsnummer eine konkrete Ausprägung des Konfliktes identifiziert werden.

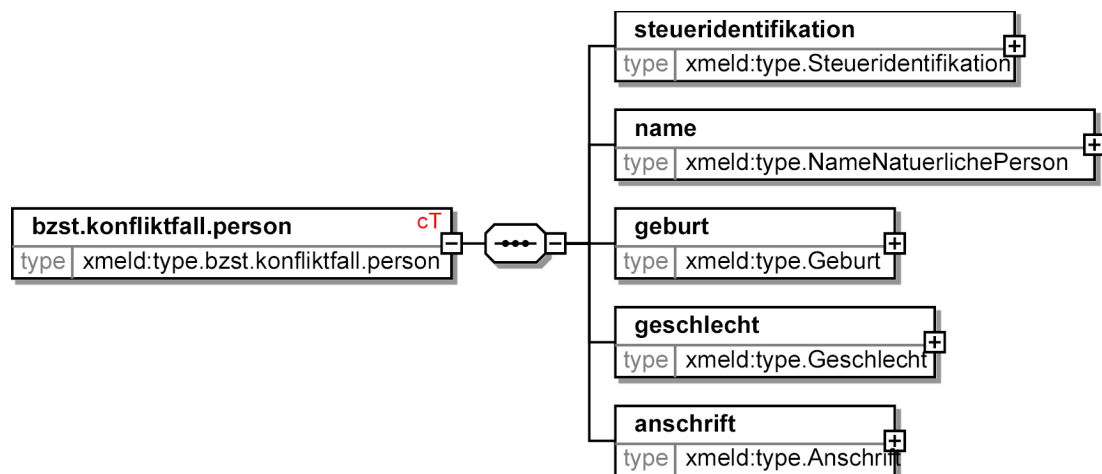
Als Datentyp wurde **xs.unsignedLong** gewählt, um die einzelnen Konfliktfall-Fortschreibungen durch einfaches Hochzählen der **versionsnr** eindeutig zu kennzeichnen.

7.4.3 Datentyp für die Beschreibung einer an einem BZSt-Konfliktfall beteiligten Person

Typ: *type.bzst.konfliktfall.person*

Es werden für jeden am Konflikt beteiligten BZSt-Datensatz alle beim BZSt gespeicherten personenbezogenen Daten zu Vergleichszwecken übermittelt.

Bild 7-12 type.bzst.konfliktfall.person



Kindelemente von <i>type.bzst.konfliktfall.person</i>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
steueridentifikation	<i>type.Steueridentifikation</i>	1	Abschnitt 1.3.17	53
name	<i>type.NameNatuerlichePerson</i>	1	Abschnitt 1.4.1	54 *
geburt	<i>type.Geburt</i>	1	Abschnitt 1.3.5	41
geschlecht	<i>type.Geschlecht</i>	1	Abschnitt 1.3.6	43
anschrift	<i>type.Anschrift</i>	1	Abschnitt 1.6.4	71

Für die an anderer Stelle definierten Kindelemente dieses Typs verweisen wir auf die in der vorstehenden Tabelle aufgeführten Referenzen. (Ausnahme: Die mit einem * gekennzeichneten Referenzen werden nachfolgend aufgeführt, da der beschreibende Kommentar gegenüber der Definitionsstelle geändert wurde.)

7.4.3.1 name (*type.NameNatuerlichePerson*)

Dies Element umfasst nur die Namensinformationen, wie sie auch von der Meldebehörde empfangen wurden.

7.4.4 Datenstruktur für die Plausibilitätsprüfung eines Steuerpflichtigen beim BZSt

Typ: *type.plausibilitaetsteuerpflichtiger*

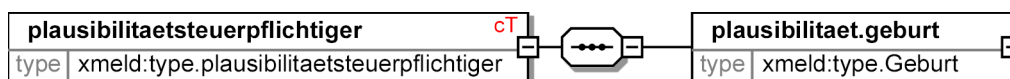
Die hier übermittelten Daten dienen der Plausibilitätsprüfung beim BZSt bzw. der MB.

Bei Übermittlung von MB an BZSt werden in diesem Element die Daten vor Änderung mitgeteilt. Diese Daten müssen identisch sein mit den beim BZSt gespeicherten Daten vor der Änderung.

Bei Übermittlung vom BZSt an MB werden in diesem Element die aktuellen BZSt-Daten übermittelt.

Für die Plausibilitätsdaten wurde bisher nur das Geburtsdatum ausgewählt, da es sich besonders gut zur ergänzenden Identifikation eignet und relativ selten geändert wird. Aus diesem Grunde werden Namen ausdrücklich *nicht* verwendet (Namensänderungen bei Eheschließungen, Vornamensänderungen bei Ausländern, etc).

Bild 7-13 type.plausibilitaetsteuerpflichtiger



Kindelement von type.plausibilitaetsteuerpflichtiger				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
plausibilitaet.geburt	type.Geburt	1	Abschnitt 1.3.5	41 *

Für das an anderer Stelle definierte Kindelement dieses Typs verweisen wir auf die in der vorstehenden Tabelle aufgeführte Referenz. (Ausnahme: Eine mit einem * gekennzeichnete Referenz wird nachfolgend aufgeführt, da der beschreibende Kommentar gegenüber der Definitionsstelle geändert wurde.)

7.4.4.1 plausibilitaet.geburt (type.Geburt)

Es darf im Zusammenhang mit der Plausibilitätsprüfung nur der Tag der Geburt übermittelt werden.

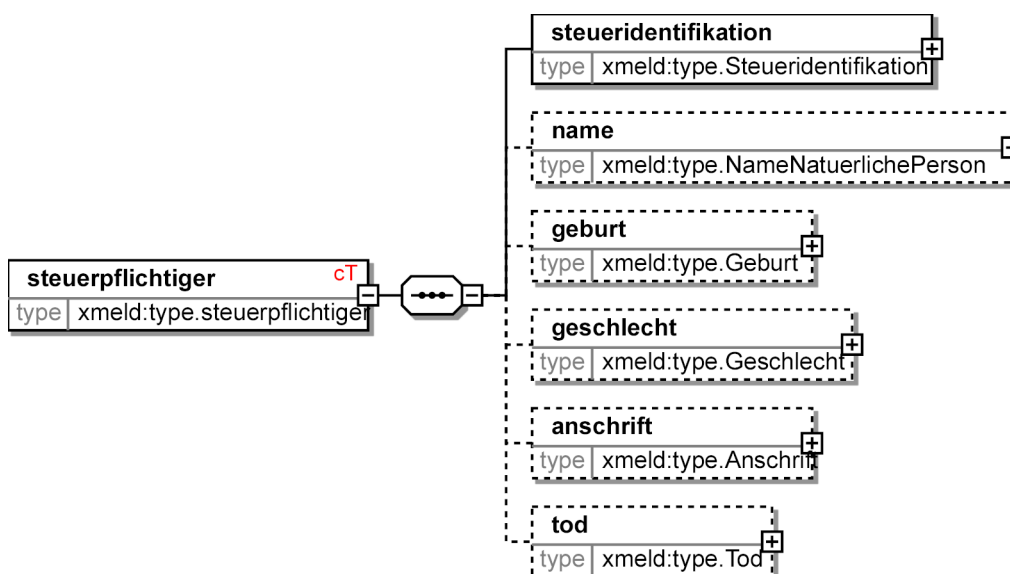
7.4.5 Steuerpflichtiger: Vollständiger Datensatz

Typ: *type.steuerpflichtiger*

Der Typ *type.steuerpflichtiger* fasst die Daten gemäß § 139b Abs. 6 AO zusammen.

Er dient derzeit (OSCI-XMeld 1.3.2a) nur dokumentarischen Zwecken und wird ansonsten *nicht* in Nachrichten verwendet.

Bild 7-14 type.steuerpflichtiger



Kindelemente von <code>type.steuerpflichtiger</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
steueridentifikation	<code>type.Steueridentifikation</code>	1	Abschnitt 1.3.17	53
name	<code>type.NameNatuerlichePerson</code>	0..1	Abschnitt 1.4.1	54 *
geburt	<code>type.Geburt</code>	0..1	Abschnitt 1.3.5	41 *
geschlecht	<code>type.Geschlecht</code>	0..1	Abschnitt 1.3.6	43
anschrift	<code>type.Anschrift</code>	0..1	Abschnitt 1.6.4	71 *
tod	<code>type.Tod</code>	0..1	Abschnitt 1.3.12	49 *

Für die an anderer Stelle definierten Kindelemente dieses Typs verweisen wir auf die in der vorstehenden Tabelle aufgeführten Referenzen. (Ausnahme: Die mit einem * gekennzeichneten Referenzen werden nachfolgend aufgeführt, da der beschreibende Kommentar gegenüber der Definitionsstelle geändert wurde.)

7.4.5.1 `name (type.NameNatuerlichePerson)`

Es dürfen nur die aktuellen Vornamen, der Familienname, die früheren Namen, Ordens- und Künstlernamen sowie der Doktorgrad übermittelt werden.

Es dürfen keine Nachweisdaten übermittelt werden.

7.4.5.2 `geburt (type.Geburt)`

Die Übermittlung der Geburtsinformationen ist nur ohne die Nachweisdaten erlaubt.

7.4.5.3 `anschrift (type.Anschrift)`

Es darf nur die Anschrift der aktuellen Haupt- oder alleinigen Wohnung übermittelt werden.

7.4.5.4 `tod (type.Tod)`

Es darf nur das Todesdatum (ohne -ort) übermittelt werden.

Nachweisdaten dürfen nicht übermittelt werden.

7.5 Die Nachrichten

Eine Übersicht aller für den Datenaustausch mit dem Bundeszentralamt für Steuern spezifischen Nachrichten finden Sie in der [Tabelle auf Seite 375](#). Da es sich um eine Datenübermittlung zwischen Meldebehörden und anderen Behörden gemäß § 18 MRRG handelt, sind diese Nachrichten Bestandteil der Nachrichtengruppe *“Datenübermittlung”*, siehe [Abschnitt 6.5 auf Seite 302](#).

Alle Nachrichten der Hauptgruppe <i>“Bundeszentralamt für Steuern”</i>			
Untergruppe	Nr.	Beschreibung	Seite
anforderung- gidnr	0500	<p>Die Meldebehörde fordert gemäß § 139b Abs. 6 und 7 AO für den/die Betroffenen die Vergabe einer IdNr an. Diese Nachricht (=Sammel-nachricht) enthält das vorläufige Bearbeitungsmerkmale (VBM) des/der Betroffenen.</p> <p>Eine Übermittlung von Plausibilitätsdaten (vgl. Nachricht 0502) ist aus folgendem Grund nicht notwendig: Man muss davon ausgehen, dass im Meldeamt die aktuellen, geprüften und maßgeblichen Daten vorliegen. Insbesondere in der Zwischenzeit der Erstanforderung der IdNr und der Zuteilung dieser kann und wird es vielfältige Veränderungen in den unterschiedlichen Datensätzen eines Steuerpflichtigen geben, z. B. eine Namensänderung. Diese Veränderung wird mit dem VBM entsprechend der Änderung an das BZSt verschickt. Wann diese in den Datenbestand des BZSt eingearbeitet werden, ist nicht nachvollziehbar. Da eine Zuordnung der zugesandten IdNr über die VBM eindeutig möglich ist, und bedingt durch die nicht nachvollziehbare Aktualität der Daten beim BZSt, wird es keine zusätzliche Plausibilitätsprüfung geben.</p> <p>Diese Nachricht wird auch verwendet, wenn für einen Betroffenen eine vorher (mit einer 0510-Nachricht) mitgeteilte Nichtzuständigkeit wieder zurückgenommen werden soll.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 139b (6), (7) AO</p>	379
antwortidnr	0501	<p>Die mit der Nachricht 0500 angeforderte IdNr wurde vom BZSt vergeben und wird mit dieser Nachricht der Meldebehörde mitgeteilt. Zur eindeutigen Zuordnung des Betroffenen bei der Meldebehörde wird das VBM zurückübermittelt, d. h., beide Elemente müssen gefüllt sein.</p> <p>Dabei ist über den antwortstatus feststellbar, ob Antwortdaten geliefert worden sind, d. h., ob die korrespondierende Anforderungsnachricht bearbeitet wurde.</p> <p>Die Übermittlung weiterer Personendaten ist – bis auf Daten zur Plausibilitätsüberprüfung – daher nicht mehr erforderlich.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 139b (6), (7) AO</p>	382

Alle Nachrichten der Hauptgruppe “Bundeszentralamt für Steuern”			
Untergruppe	Nr.	Beschreibung	Seite
aenderungs- steuerpflichti- ger	0502	<p>Diese Nachricht wird von der Meldebehörde an das BZSt geschickt, wenn Personendaten geändert worden sind. Hierzu zählen auch Anschriftenänderungen innerhalb der Gemeinde.</p> <p>Es werden grundsätzlich <i>alle beim BZSt zu speichernden Daten</i> übermittelt, um die Datenqualität jederzeit sicherstellen zu können. Der korrespondierende Datensatz in der BZSt-Datenbank ist mit dem in dieser Nachricht gelieferten Bruttodatensatz komplett zu überschreiben. Um sicherzustellen, dass die anhand der IdNr beim BZSt gefundene Person auch diejenige ist, deren Daten zu überschreiben sind, wird als zusätzliches Plausibilitätsmerkmal das Geburtsdatum übermittelt.</p> <p>Betrifft die Änderung das Geburtsdatum selbst, so wird zur Plausibilitätsprüfung das Geburtsdatum <i>vor Änderung</i> übermittelt, in der Nachricht selbst das <i>geänderte</i> Geburtsdatum.</p> <p>Deshalb ist der gemeindeübergreifende Wohnsitzwechsel (verbunden mit einem Wechsel der zuständigen Meldebehörde) mit der Nachricht datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504 zu übermitteln. Das Ende der Zuständigkeit (Tod, Wegzug ins Ausland oder nach unbekannt, Abmeldung von Amts wegen) ist mit der Nachricht datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510 zu übermitteln.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 139b (8) AO</p>	383
konfliktmittei- lungenausloe- ser	0503	<p>Mit dieser Nachricht teilt das BZSt der den Konflikt auslösenden Meldebehörde mit, dass konkrete Anhaltspunkte für Unrichtigkeiten der Melderegister vorliegen.</p> <p>Die Meldebehörde ist verpflichtet, den Sachverhalt zu überprüfen und das Ergebnis dem BZSt mitzuteilen. Dazu erhält die Meldebehörde Informationen über alle betroffenen Datensätze, die von den jeweiligen Meldebehörden zu einem früheren Zeitpunkt an das BZSt übermittelt worden sind. (Hinweis: Konflikte können auch innerhalb derselben Meldebehörde auftreten.)</p> <p>Außerdem wird das Element konfliktmanagement zur Erleichterung der Kommunikation übermittelt.</p> <p>Hinweis: Diese Nachricht wird nur in der Phase des <i>“laufenden Betriebs”</i> verwendet.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 4a MRRG in Verbindung mit § 139b (9) AO</p>	386
zustaendig- keitsteuer- pflichtiger	0504	<p>Die Nachricht 0504 wird von der Meldebehörde an das BZSt geschickt, wenn eine Haupt- oder alleinige Wohnung in der Gemeinde durch Zuzug oder Statuswechsel begründet und dadurch diese Meldebehörde zuständig im Sinne § 139b AO wird. Voraussetzung dafür ist der Eingang einer 0203 mit VBM resp. IdNr.</p> <p>Es werden der komplette für das BZSt erforderliche Datensatz des Steuerpflichtigen sowie Plausibilitätsdaten übermittelt (nach § 139b AO).</p> <p>Auf Seiten des BZSt bewirkt der Erhalt dieser Nachricht, dass (bis zu einer erneuten Mitteilung über den Wechsel der Zuständigkeit) Änderungsnachrichten nur von derjenigen Meldebehörde akzeptiert und bearbeitet werden, die sich mit einer Nachricht diesen Typs als <i>“zuständig für den Betroffenen”</i> erklärt hat.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 139b (8) AO</p>	388

Alle Nachrichten der Hauptgruppe “Bundeszentralamt für Steuern”			
Untergruppe	Nr.	Beschreibung	Seite
konfliktmitteilung	0505	<p>Mit dieser Nachricht teilt das BZSt der betroffenen Meldebehörde mit, dass konkrete Anhaltspunkte für Unrichtigkeiten oder Unvollständigkeiten im Melderegister vorliegen. – Das BZSt vermutet nach der Anforderung einer IdNr einen Konflikt mit einem oder mehreren Datensätzen in der BZSt-Datenbank. Mit dieser Nachricht werden alle involvierten Meldebehörden über diesen möglichen Konflikt informiert und um Klärung gebeten. Alle Meldebehörden sind verpflichtet, den Sachverhalt zu überprüfen und das Ergebnis dem BZSt mitzuteilen.</p> <p>Jede Meldebehörde erhält Informationen über alle betroffenen Meldebehörden (Gemeindenname, Erreichbarkeit) sowie vollständig alle betroffenen Datensätze, die von den jeweiligen Meldebehörden an das BZSt übermittelt worden sind. (Hinweis: Konflikte können auch innerhalb derselben Meldebehörde auftreten.)</p> <p>Außerdem wird das Element konfliktmanagement zur Erleichterung der Kommunikation übermittelt.</p> <p>Hinweis: Diese Nachricht wird nur in der Phase der <i>“Erstvergabe”</i> verwendet.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 4a MRRG in Verbindung mit § 139b (9) AO</p>	390
stornoanforderungidnr	0506	<p>Mit dieser Nachricht zieht eine Meldebehörde einen früher gestellten Antrag (mit einer Nachricht 0500) auf Erteilung einer IdNr zurück. Diese Nachricht wird von der Meldebehörde an das BZSt gesandt, nachdem innerhalb der Meldebehörde eine <i>Klärung von Amts wegen</i> zu dem Ergebnis geführt hat, dass eine frühere Anforderung der Vergabe einer IdNr zu Unrecht erfolgt ist.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 139b (6), (7) AO</p>	392
stornierungsperson	0507	<p>Falls bei einer melderegisterinternen Konsolidierung festgestellt wird, dass der Eintrag für eine (mit Haupt- oder alleiniger Wohnung gemeldeten) Person zu löschen ist, so ist mit dieser Nachricht (0507) das BZSt zu informieren.</p> <p>Führt die Meldebehörde in ihrem Register zwei Datensätze zusammen, teilt sie die weiterhin geltende und die stornierte IdNr dem BZSt mit dieser Nachricht mit.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 4a MRRG</p>	393
fehlerhaftenachricht	0508	<p>Wird in einer von einer Meldebehörde erhaltenen Nachricht bei der BZSt-seitigen Plausibilitätskontrolle ein Fehler entdeckt, so sendet das BZSt eine Nachricht 0508 an die entsprechende Meldebehörde. Darin wird mit der Schlüsseltabelle 49 der Meldebehörde eine grobe Fehlerklassifizierung übermittelt. Mit differenzierten Hinweisen resp. Freitexten in den zusätzlichen Feldern kann das BZSt eine eigene Fehlerbeschreibung angeben. – Damit bekommt das BZSt einen Gestaltungsspielraum unabhängig von OSCI-XMeld.</p> <p>Beispiele für Fehler sind: Geburts- oder Todesdatum liegt in der Zukunft, übermittelte Felder sind leer, etc.</p> <p>Bei dieser Nachricht handelt es sich um eine Sammelnachricht. Somit kann das BZSt mehrere Fälle (die sich auf verschiedene fehlerhafte Nachrichten beziehen können) an eine Meldebehörde übermitteln.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 4a (3) MRRG</p>	394
zustaendigkeit	0509	<p>Hiermit teilt eine Meldebehörde auf Anforderung des BZSt mit, dass die Person in dieser Meldebehörde mit der angegebenen IdNr zu Recht geführt wird, die Meldebehörde also zuständig ist. Diese Nachricht kann somit als Antwort auf eine Konfliktmitteilungsnachricht 0505 oder 0503 geschickt werden.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 4a MRRG</p>	396

Alle Nachrichten der Hauptgruppe “Bundeszentralamt für Steuern”			
Untergruppe	Nr.	Beschreibung	Seite
endezustaaendigkeitsteuerpflichtiger	0510	Mit dieser Nachricht teilt eine Meldebehörde dem BZSt mit, dass sie nicht mehr für den Betroffenen zuständig ist. Diese Nachricht wird geschickt, wenn entweder eine Abmeldung ins Ausland/Unbekannt, eine Abmeldung von Amts wegen oder der Tod des Betroffenen vorliegt. Rechtsgrundlage: § 4a MRRG in Verbindung mit § 139b (8) AO	397
nichtzustaendigkeit	0511	Hiermit teilt eine Meldebehörde auf Anforderung des BZSt mit, dass die Person in dieser Meldebehörde mit der angegebenen IdNr nicht geführt wird. Diese Nachricht kann somit als Antwort auf eine Konfliktmitteilungsnachricht 0505 bzw. 0503 geschickt werden. Aus diesen Nachrichten sind dafür die Daten der auslösenden Person in das Element konfliktfall.person zu übernehmen. Rechtsgrundlage: § 4a MRRG	399
zustaendigkeitnachdublette	0512	Mit dieser Nachricht kann eine Meldebehörde (nach Klärung) eine fehlerhafte Beantragung einer IdNr zurückziehen. Gleichzeitig teilt sie dem BZSt diejenige IdNr mit, die sie im Rahmen des Klärungsprozesses ermittelt hat. Diese Nachricht ist daher eine der möglichen Antwortnachrichten auf die Konfliktmitteilungsnachricht 0503. Rechtsgrundlage: § 4a MRRG	400
nichtmehrzustaendigkeit	0513	Diese Nachricht wird in folgenden Fällen von der Meldebehörde an das BZSt geschickt: <ul style="list-style-type: none"> • Meldebehörde ist bei Erhalt der Nachricht 0501 nicht mehr zuständig, so dass keine VBM-Zuordnung möglich ist • Meldebehörde ist bei Erhalt der Nachricht 0508 nicht mehr zuständig, so dass keine VBM/IdNr-Zuordnung möglich ist Aufgrund dessen können nur die Angaben aus der erhaltenen Nachricht (0501 oder 0508) zurückgesendet werden.	401
briefnichtzustellbar	0514	Diese Nachricht wird von der Meldebehörde an das BZSt geschickt, falls der Brief mit der IdNr nicht zugestellt werden konnte.	402

Die Meldebehörde fordert eine IdNr mit der Nachricht **dateneuebermittlung.anforderungidnr.0500** ([Abschnitt 7.5.1 auf Seite 379](#)) vom BZSt an. Nachdem die IdNr vergeben worden ist, wird sie vom BZSt mit der Nachricht **dateneuebermittlung.antwortidnr.0501** ([Abschnitt 7.5.2 auf Seite 382](#)) an die Meldebehörde gesendet.

Sofern das BZSt auf Seiten der Meldebehörde(n) einen Konflikt vermutet, sendet es bis zum Abschluss der Konsolidierungsphase (Erstvergabe) eine Nachricht **dateneuebermittlung.konfliktmitteilung.0505** ([Abschnitt 7.5.6 auf Seite 390](#)) an die am vermuteten Konflikt beteiligten Meldebehörden. Nach Abschluss der Konsolidierungsphase (also im laufenden Betrieb) sendet das BZSt bei der Vermutung eines Konfliktes die Nachricht **dateneuebermittlung.konfliktmitteilunganausloeser.0503** ([Abschnitt 7.5.4 auf Seite 386](#)) an die den Konflikt auslösende Meldebehörde. Falls vom BZSt eindeutig ein Fehler in der empfangenen Nachricht festgestellt wurde, so versendet das BZSt die Nachricht **dateneuebermittlung.fehlerhaftenachricht.0508** ([Abschnitt 7.5.9 auf Seite 394](#)) an die Meldebehörde, von der die Nachricht empfangen worden ist.

Mit der Nachricht **dateneuebermittlung.zustaendigkeit.0509** ([Abschnitt 7.5.10 auf Seite 396](#)) teilt die Meldebehörde dem BZSt im Konfliktfall mit, dass die Person mit der angegebenen IdNr zu Recht im Melderegister der Meldebehörde geführt wird. Mit der Nachricht **dateneuebermittlung.nichtzustaendigkeit.0511** ([Abschnitt 7.5.12 auf Seite 399](#)) teilt die Meldebehörde dem BZSt im Konfliktfall mit, dass die Person mit der angegebenen IdNr nicht (mehr) im Melderegister der Meldebehörde geführt wird. Mit der Nachricht **dateneuebermittlung.zustaendigkeitnachdublette.0512** ([Abschnitt](#)

7.5.13 auf Seite 400) teilt die Meldebehörde dem BZSt im Konfliktfall zu einen mit, dass die Person mit der angegebenen IdNr zu Recht im Melderegister der Meldebehörde geführt wird, zum anderen, dass eine Dublette zusammengeführt wurde.

Sollte eine Meldebehörde auf eine Konfliktmitteilungsnachricht `dateneuebermittlung.konfliktmitteilung.0505` oder `dateneuebermittlung.konfliktmitteilunganausloeser.0503` nicht innerhalb einer bestimmten Zeit antworten, kann das BZSt diese Nachricht – mit einem entsprechenden Erinnerungsstatus versehen – erneut an die Meldebehörde versenden.

Änderungen an den im Melderegister gespeicherten Personendaten werden von der Meldebehörde mit der Nachricht `dateneuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502` ([Abschnitt 7.5.3 auf Seite 383](#)) an das BZSt weitergegeben.

Mit der Nachricht `dateneuebermittlung.stornoanforderungidnr.0506` ([Abschnitt 7.5.7 auf Seite 392](#)) kann die Meldebehörde eine irrtümlich durchgeführte IdNr-Anforderung beim BZSt stornieren.

Sofern sich (durch Statuswechsel oder Umzug) ein Zuständigkeitswechsel ergibt, teilt die zukünftig zuständige Meldebehörde diesen Sachverhalt dem BZSt mit der Nachricht `dateneuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504` ([Abschnitt 7.5.5 auf Seite 388](#)) mit. Mit der Nachricht `dateneuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510` ([Abschnitt 7.5.11 auf Seite 397](#)) kann eine Meldebehörde ihre bisherige Zuständigkeit für einen Steuerpflichtigen für beendet erklären.

Es ist möglich, dass durch meldebehördeninterne Konsolidierung festgestellt wird, dass eine Person aus dem Melderegister zu streichen ist. Dies wird dem BZSt mit der Nachricht `dateneuebermittlung.stornierungperson.0507` ([Abschnitt 7.5.8 auf Seite 393](#)) mitgeteilt.

Mit den Nachrichten `dateneuebermittlung.nichtmehrzustaendigkeit.0513` ([Abschnitt 7.5.14 auf Seite 401](#)) und `dateneuebermittlung.briefnichtzustellbar.0514` ([Abschnitt 7.5.15 auf Seite 402](#)) informiert die Meldebehörde das BZSt über die Nichtzustellbarkeit der IdNr-Benachrichtigung.

7.5.1 Anforderung der IdNr

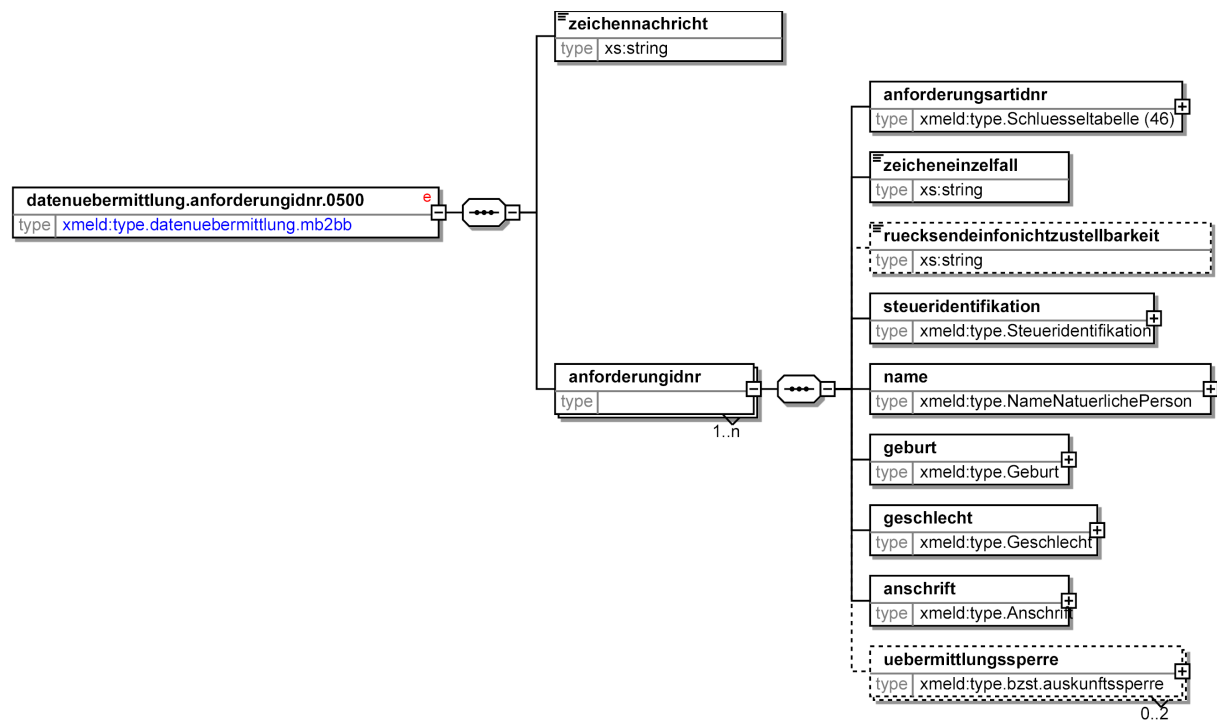
Nachricht: `dateneuebermittlung.anforderungidnr.0500`

Die Meldebehörde fordert gemäß § 139b Abs. 6 und 7 AO für den/die Betroffenen die Vergabe einer IdNr an. Diese Nachricht (=Sammelnachricht) enthält das vorläufige Bearbeitungsmerkmale (VBM) des/der Betroffenen.

Eine Übermittlung von Plausibilitätsdaten (vgl. Nachricht 0502) ist aus folgendem Grund nicht notwendig: Man muss davon ausgehen, dass im Meldeamt die aktuellen, geprüften und maßgeblichen Daten vorliegen. Insbesondere in der Zwischenzeit der Erstanforderung der IdNr und der Zuteilung dieser kann und wird es vielfältige Veränderungen in den unterschiedlichen Datensätzen eines Steuerpflichtigen geben, z. B. eine Namensänderung. Diese Veränderung wird mit dem VBM entsprechend der Änderung an das BZSt verschickt. Wann diese in den Datenbestand des BZSt eingearbeitet werden, ist nicht nachvollziehbar. Da eine Zuordnung der zugesandten IdNr über die VBM eindeutig möglich ist, und bedingt durch die nicht nachvollziehbare Aktualität der Daten beim BZSt, wird es keine zusätzliche Plausibilitätsprüfung geben.

Diese Nachricht wird auch verwendet, wenn für einen Betroffenen eine vorher (mit einer 0510-Nachricht) mitgeteilte Nichtzuständigkeit wieder zurückgenommen werden soll.

Rechtsgrundlage: § 139b (6), (7) AO

Bild 7-15 datenuebermittlung.anforderungidnr.0500

Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.mb2bb` (siehe [Abschnitt 2.4.5 auf Seite 102](#)).

Kindelemente von <code>datenuebermittlung.anforderungidnr.0500</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeichennachricht	<code>xs:string</code>	1		
anforderungidnr		1..n		

Die hier neu definierten Kindelemente dieser Nachricht werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

7.5.1.1 `zeichennachricht (xs:string)`

Die versendende Meldebehörde trägt hier ihr Zuordnungsmerkmal für die Anfrage ein (Aktenzeichen, Surrogat, Geschäftskennzeichen). Falls das BZSt auf diese Nachricht reagiert, kann es dieses Merkmal verwenden, so dass meldebehördenseitig eine unmittelbare Zuordnung zur ursprünglich auslösenden Nachricht möglich ist.

7.5.1.2 `anforderungidnr`

Der Typ `type.anforderungidnr` enthält Daten über den Steuerpflichtigen sowie die Anforderungsart.

Kindelemente von <code>anforderungidnr</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
anforderungsartidnr	<code>type.Schluesselfabelle</code>	1		

Kindelemente von anforderungidnr				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeicheneinzelfall	<code>xs:string</code>	1		
ruecksendeinfonichtzustellbarkeit	<code>xs:string</code>	0..1		
steueridentifikation	<code>type.Steueridentifikation</code>	1	Abschnitt 1.3.17	53
name	<code>type.NameNatuerlichePerson</code>	1	Abschnitt 1.4.1	54 *
geburt	<code>type.Geburt</code>	1	Abschnitt 1.3.5	41 *
geschlecht	<code>type.Geschlecht</code>	1	Abschnitt 1.3.6	43
anschrift	<code>type.Anschrift</code>	1	Abschnitt 1.6.4	71 *
uebermittlungssperre	<code>type.bzst.auskunftssperre</code>	0..2	Abschnitt 7.4.1	370 *

Die Kindelemente dieses Typs werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

Für die an anderer Stelle definierten Kindelemente dieses Typs verweisen wir auf die in der vorstehenden Tabelle aufgeführten Referenzen. (Ausnahme: Die mit einem * gekennzeichneten Referenzen werden nachfolgend aufgeführt, da der beschreibende Kommentar gegenüber der Definitionsstelle geändert wurde.)

7.5.1.2.1 anforderungsartidnr (`type.Schluesselfabelle`)

Die `anforderungsartidnr` kann folgende Werte annehmen:

- 01: Stichtagsbezogene Anforderung nach § 139 b Abs. 6 (Erstbestandsaufbau)
- 02: Zuzug ohne IdNr
- 03: Anforderung nach Geburt
- 04: Neuanforderung IdNr wegen Rücknahme der Nichtzuständigkeit

Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der Schlüsseltabelle 46: *Mitteilung der Zuständigkeit*.

7.5.1.2.2 zeicheneinzelfall (`xs:string`)

Kennzeichen zur Identifikation des Einzelfalls innerhalb der Sammelnachricht.

7.5.1.2.3 ruecksendeinfonichtzustellbarkeit (`xs:string`)

Für den Fall der Nichtzustellbarkeit wird als Absenderangabe die Adresse der jeweiligen örtlichen Meldebehörde vermerkt, die auch für die weitere Problemlösung zuständig ist. Dazu soll das BZSt für den Fall der Nichtzustellbarkeit möglichst präzise die Anschrift der übermittelnden Meldebehörde auf dem Umschlag vermerken. (Als Beispiel sei Hamburg mit 27 Meldebehörden genannt.)

Wenn dieses Element nicht vorhanden ist, dann ermittelt das BZSt über den AGS gegen eine bereinigte Bundesgemeindedatei die Angaben zur Aufbereitung der Absenderzeile für den Fall der Unzustellbarkeit selbst.

7.5.1.2.4 name (`type.NameNatuerlichePerson`)

Es dürfen nur die aktuellen Vornamen, der Familienname, die früheren Namen, Ordens- und Künstlernamen sowie der Doktorgrad übermittelt werden.

Es dürfen keine Nachweisdaten übermittelt werden.

7.5.1.2.5 geburt (`type.Geburt`)

Die Übermittlung der Geburtsinformationen ist nur ohne die Nachweisdaten erlaubt.

7.5.1.2.6 anschrift (type.Anschrift)

Es darf nur die Anschrift der aktuellen Haupt- oder alleinigen Wohnung übermittelt werden.

7.5.1.2.7 uebermittlungssperre (type.bzst.auskunftssperre)

Auf Grund der Sensibilität der mit dieser Nachricht übermittelten Information ist es erforderlich, den Empfänger auf bestehende Übermittlungssperren hinzuweisen.

Umsetzungshinweise:

Dieses Element ist derzeit nicht zu verwenden, da die rechtliche Grundlage noch nicht erfüllt ist.

7.5.2 Mitteilung der IdNr durch das BZSt

Nachricht: datenuebermittlung.antwortidnr.0501

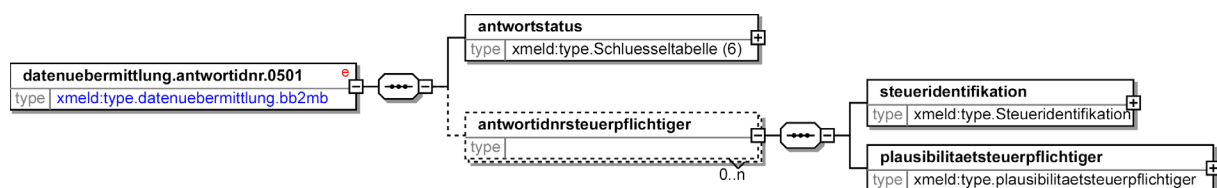
Die mit der Nachricht 0500 angeforderte IdNr wurde vom BZSt vergeben und wird mit dieser Nachricht der Meldebehörde mitgeteilt. Zur eindeutigen Zuordnung des Betroffenen bei der Meldebehörde wird das VBM zurückübermittelt, d. h., beide Elemente müssen gefüllt sein.

Dabei ist über den **antwortstatus** feststellbar, ob Antwortdaten geliefert worden sind, d. h., ob die korrespondierende Anforderungsnachricht bearbeitet wurde.

Die Übermittlung weiterer Personendaten ist – bis auf Daten zur Plausibilitätsüberprüfung – daher nicht mehr erforderlich.

Rechtsgrundlage: § 139b (6), (7) AO

Bild 7-16 datenuebermittlung.antwortidnr.0501



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps **type.datenuebermittlung.bb2mb** (siehe [Abschnitt 2.4.2 auf Seite 99](#)).

Kindelemente von datenuebermittlung.antwortidnr.0501				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
antwortstatus	type.Schluesseltabelle	1		
antwortidnrsteuerpflichtiger		0..n		

Die hier neu definierten Kindelemente dieser Nachricht werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

7.5.2.1 antwortstatus (type.Schluesseltabelle)

Anhand der Belegung dieses Elementes kann festgestellt werden, ob die korrespondierende Anforderungsnachricht überhaupt bearbeitet worden ist.

Im Falle der Nicht-Bearbeitung der Anforderungsnachricht ist anhand des übermittelten Wertes der Grund erkennbar.

Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der Schlüsseltabelle 6: *Antwortstatus*.

7.5.2.2 antwortidnrsteuerpflichtiger

Der Typ `type.antwortidnrsteuerpflichtiger` enthält die Steueridentifikationsdaten des Steuerpflichtigen sowie einen Datenblock zur Plausibilitätsprüfung.

Kindelemente von antwortidnrsteuerpflichtiger				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
steueridentifikation	<code>type.Steueridentifikation</code>	1	Abschnitt 1.3.17	53
plausibilitaetsteuerpflichtiger	<code>type.plausibilitaetsteuerpflichtiger</code>	1	Abschnitt 7.4.4	372

Für die an anderer Stelle definierten Kindelemente dieses Typs verweisen wir auf die in der vorstehenden Tabelle aufgeführten Referenzen. (Ausnahme: Die mit einem * gekennzeichneten Referenzen werden nachfolgend aufgeführt, da der beschreibende Kommentar gegenüber der Definitionsstelle geändert wurde.)

7.5.3 Änderung der Daten des Steuerpflichtigen

Nachricht: datenuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502

Diese Nachricht wird von der Meldebehörde an das BZSt geschickt, wenn Personendaten geändert worden sind. Hierzu zählen auch Anschriftenänderungen innerhalb der Gemeinde.

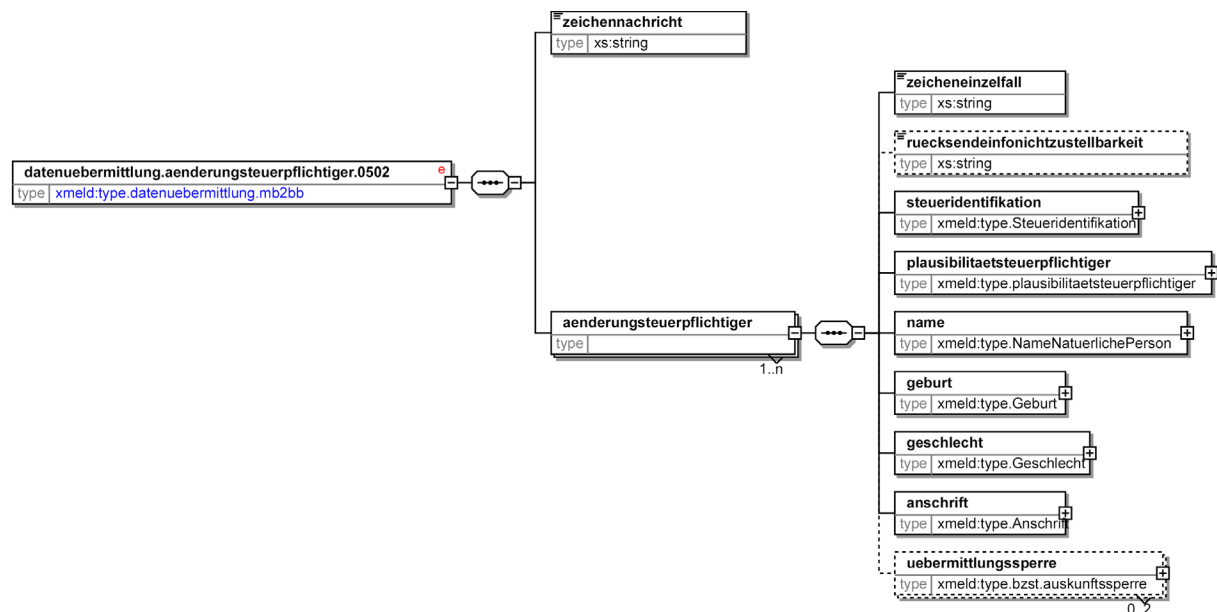
Es werden grundsätzlich *alle beim BZSt zu speichernden Daten* übermittelt, um die Datenqualität jederzeit sicherstellen zu können.

Der korrespondierende Datensatz in der BZSt-Datenbank ist mit dem in dieser Nachricht gelieferten Bruttodatensatz komplett zu überschreiben. Um sicherzustellen, dass die anhand der IdNr beim BZSt gefundene Person auch diejenige ist, deren Daten zu überschreiben sind, wird als zusätzliches Plausibilitätsmerkmal das Geburtsdatum übermittelt.

Betrifft die Änderung das Geburtsdatum selbst, so wird zur Plausibilitätsprüfung das Geburtsdatum *vor Änderung* übermittelt, in der Nachricht selbst das *geänderte* Geburtsdatum.

Deshalb ist der gemeindeübergreifende Wohnsitzwechsel (verbunden mit einem Wechsel der zuständigen Meldebehörde) mit der Nachricht `datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504` zu übermitteln. Das Ende der Zuständigkeit (Tod, Wegzug ins Ausland oder nach unbekannt, Abmeldung von Amts wegen) ist mit der Nachricht `datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510` zu übermitteln.

Rechtsgrundlage: § 139b (8) AO

Bild 7-17 datenuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502

Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.mb2bb` (siehe [Abschnitt 2.4.5 auf Seite 102](#)).

Kindelemente von <code>datenuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeichennachricht	<code>xs:string</code>	1		
aenderungsteuerpflichtiger		1..n		

Die hier neu definierten Kindelemente dieser Nachricht werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

7.5.3.1 `zeichennachricht (xs:string)`

Die versendende Meldebehörde trägt hier ihr Zuordnungsmerkmal für die Anfrage ein (Aktenzeichen, Surrogat, Geschäftskennzeichen). Falls das BZSt auf diese Nachricht reagiert, kann es dieses Merkmal verwenden, so dass meldebehördenseitig eine unmittelbare Zuordnung zur ursprünglich auslösenden Nachricht möglich ist.

7.5.3.2 `aenderungsteuerpflichtiger`

Der Typ `type.aenderungsteuerpflichtiger` enthält geänderte Daten über den Steuerpflichtigen sowie die Änderungsart.

Kindelemente von <code>aenderungsteuerpflichtiger</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeicheneinzelfall	<code>xs:string</code>	1		
ruecksendeinfontzuehbarkeit	<code>xs:string</code>	0..1		

Kindelemente von aenderungsteuerpflichtiger				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
steueridentifikation	<code>type.Steueridentifikation</code>	1	Abschnitt 1.3.17	53
plausibilitaetsteuerpflichtiger	<code>type.plausibilitaetsteuerpflichtiger</code>	1	Abschnitt 7.4.4	372
name	<code>type.NameNatuerlichePerson</code>	1	Abschnitt 1.4.1	54 *
geburt	<code>type.Geburt</code>	1	Abschnitt 1.3.5	41 *
geschlecht	<code>type.Geschlecht</code>	1	Abschnitt 1.3.6	43
anschrift	<code>type.Anschrift</code>	1	Abschnitt 1.6.4	71 *
uebermittlungssperre	<code>type.bzst.auskunftssperre</code>	0..2	Abschnitt 7.4.1	370 *

Die Kindelemente dieses Typs werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

Für die an anderer Stelle definierten Kindelemente dieses Typs verweisen wir auf die in der vorstehenden Tabelle aufgeführten Referenzen. (Ausnahme: Die mit einem * gekennzeichneten Referenzen werden nachfolgend aufgeführt, da der beschreibende Kommentar gegenüber der Definitionsstelle geändert wurde.)

7.5.3.2.1 zeicheneinzelfall (xs:string)

Kennzeichen zur Identifikation des Einzelfalls innerhalb der Sammelnachricht.

7.5.3.2.2 rücksendeinfonichtzustellbarkeit (xs:string)

Für den Fall der Nichtzustellbarkeit wird als Absenderangabe die Adresse der jeweiligen örtlichen Meldebehörde vermerkt, die auch für die weitere Problemlösung zuständig ist. Dazu soll das BZSt für den Fall der Nichtzustellbarkeit möglichst präzise die Anschrift der übermittelnden Meldebehörde auf dem Umschlag vermerken. (Als Beispiel sei Hamburg mit 27 Meldebehörden genannt.)

Wenn dieses Element nicht vorhanden ist, dann ermittelt das BZSt über den AGS gegen eine bereinigte Bundesgemeindedatei die Angaben zur Aufbereitung der Absenderzeile für den Fall der Unzustellbarkeit selbst.

Die Übermittlung dieser Information ist nur erforderlich, bis die Erstzuteilung der IdNr abgeschlossen ist.

7.5.3.2.3 name (type.NameNatuerlichePerson)

Es dürfen nur die aktuellen Vornamen, der Familienname, die früheren Namen, Ordens- und Künstlernamen sowie der Doktorgrad übermittelt werden.

Es dürfen keine Nachweisdaten übermittelt werden.

7.5.3.2.4 geburt (type.Geburt)

Die Übermittlung der Geburtsinformationen ist nur ohne die Nachweisdaten erlaubt.

7.5.3.2.5 anschrift (type.Anschrift)

Es darf nur die Anschrift der aktuellen Haupt- oder alleinigen Wohnung übermittelt werden.

7.5.3.2.6 uebermittlungssperre (type.bzst.auskunftssperre)

Auf Grund der Sensibilität der mit dieser Nachricht übermittelten Information ist es erforderlich, den Empfänger auf bestehende Übermittlungssperren hinzuweisen.

Umsetzungshinweise:

Dieses Element ist derzeit nicht zu verwenden, da die rechtliche Grundlage noch nicht erfüllt ist.

7.5.4 Mitteilung des BZSt über einen vermuteten Konfliktfall an die auslösende Meldebehörde

Nachricht: `datenuebermittlung.konfliktmitteilungausloeser.0503`

Mit dieser Nachricht teilt das BZSt der den Konflikt auslösenden Meldebehörde mit, dass konkrete Anhaltspunkte für Unrichtigkeiten der Melderegister vorliegen.

Die Meldebehörde ist verpflichtet, den Sachverhalt zu überprüfen und das Ergebnis dem BZSt mitzuteilen. Dazu erhält die Meldebehörde Informationen über alle betroffenen Datensätze, die von den jeweiligen Meldebehörden zu einem früheren Zeitpunkt an das BZSt übermittelt worden sind. (Hinweis: Konflikte können auch innerhalb derselben Meldebehörde auftreten.)

Außerdem wird das Element `konfliktmanagement` zur Erleichterung der Kommunikation übermittelt.

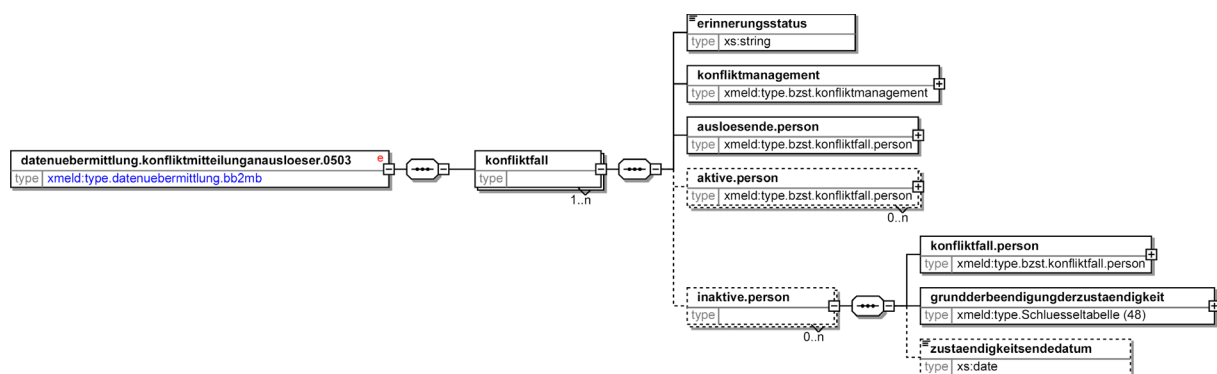
Hinweis: Diese Nachricht wird nur in der Phase des *“laufenden Betriebs”* verwendet.

Rechtsgrundlage: § 4a MRRG in Verbindung mit § 139b (9) AO

Umsetzungshinweise:

Diese Nachricht ist ausschließlich im Produktivbetrieb (also *nach* der Phase der *“Erstvergabe”*) zu verwenden.

Bild 7-18 `datenuebermittlung.konfliktmitteilungausloeser.0503`



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.bb2mb` (siehe [Abschnitt 2.4.2 auf Seite 99](#)).

Kindelement von <code>datenuebermittlung.konfliktmitteilungausloeser.0503</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
konfliktfall		1..n		

Das hier neu definierte Kindelement dieser Nachricht wird in dem folgenden Unterabschnitt beschrieben.

7.5.4.1 `konfliktfall`

Dieses Element wird zur Übermittlung genau eines Konfliktfalls verwendet. Innerhalb der umfassenden Nachricht `0503` kann dieses Element allerdings n-mal auftreten.

Falls eine Meldebehörde auf die initiale Konfliktmitteilung nicht innerhalb einer sinnvollen Zeit (vom BZSt zu definieren) reagiert, hat das BZSt die Möglichkeit, diese Nachricht erneut zu schicken. Dabei nutzt das BZSt das Feld `erinnerungsstatus`, um der Meldebehörde qualifiziert mitzuteilen, welche Erinnerungsstufe vorliegt.

Kindelemente von <code>konfliktfall</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
<code>erinnerungsstatus</code>	<code>xs:string</code>	1		
<code>konfliktmanagement</code>	<code>type.bzst.konfliktmanagement</code>	1	Abschnitt 7.4.2	370
<code>ausloesende.person</code>	<code>type.bzst.konfliktfall.person</code>	1	Abschnitt 7.4.3	372 *
<code>aktive.person</code>	<code>type.bzst.konfliktfall.person</code>	0..n	Abschnitt 7.4.3	372 *
<code>inaktive.person</code>		0..n		

Die Kindelemente dieses Typs werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

Für die an anderer Stelle definierten Kindelemente dieses Typs verweisen wir auf die in der vorstehenden Tabelle aufgeführten Referenzen. (Ausnahme: Die mit einem * gekennzeichneten Referenzen werden nachfolgend aufgeführt, da der beschreibende Kommentar gegenüber der Definitionsstelle geändert wurde.)

7.5.4.1.1 `erinnerungsstatus (xs:string)`

Das Feld `erinnerungsstatus` dient der Übermittlung von Erinnerungs-Warnstufen an die Meldebehörde.

7.5.4.1.2 `ausloesende.person (type.bzst.konfliktfall.person)`

Die hier übermittelten Personendaten sind Auslöser des zu lösenden Dublettenproblems.

7.5.4.1.3 `aktive.person (type.bzst.konfliktfall.person)`

Für jede aktive Person, dass zu dem Dublettenproblem gehört, ist diese Struktur zu füllen.

7.5.4.1.4 `inaktive.person`

Für jede inaktive Person, dass zu dem Dublettenproblem gehört, ist diese Struktur zu übermitteln.

Kindelemente von <code>inaktive.person</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
<code>konfliktfall.person</code>	<code>type.bzst.konfliktfall.person</code>	1	Abschnitt 7.4.3	372
<code>grundderbeendigungderzustaendigkeit</code>	<code>type.Schlusseltabelle</code>	1		
<code>zustaendigkeitsendedatum</code>	<code>xs:date</code>	0..1		

Die Kindelemente dieses Typs werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

Für das an anderer Stelle definierte Kindelement dieses Typs verweisen wir auf die in der vorstehenden Tabelle aufgeführte Referenz. (Ausnahme: Eine mit einem * gekennzeichnete Referenz wird nachfolgend aufgeführt, da der beschreibende Kommentar gegenüber der Definitionsstelle geändert wurde.)

7.5.4.1.4-1 grundderbeendigungderzustaendigkeit (type.Schluesseltabelle)

Beendigung der Zuständigkeit

Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der Schlüsseltabelle 48: *Mitteilung der Beendigung der Zuständigkeit*.

7.5.4.1.4-2 zustaendigkeitsendedatum (xs:date)

Mit diesem Datum teilt die Meldebehörde den Zeitpunkt des Endes ihrer Zuständigkeit mit.

Umsetzungshinweise:

Dieses Element ist derzeit nicht zu verwenden, da die rechtliche Grundlage noch nicht erfüllt ist.

7.5.5 Änderung der für den Steuerpflichtigen zuständigen Meldebehörde

Nachricht: datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504

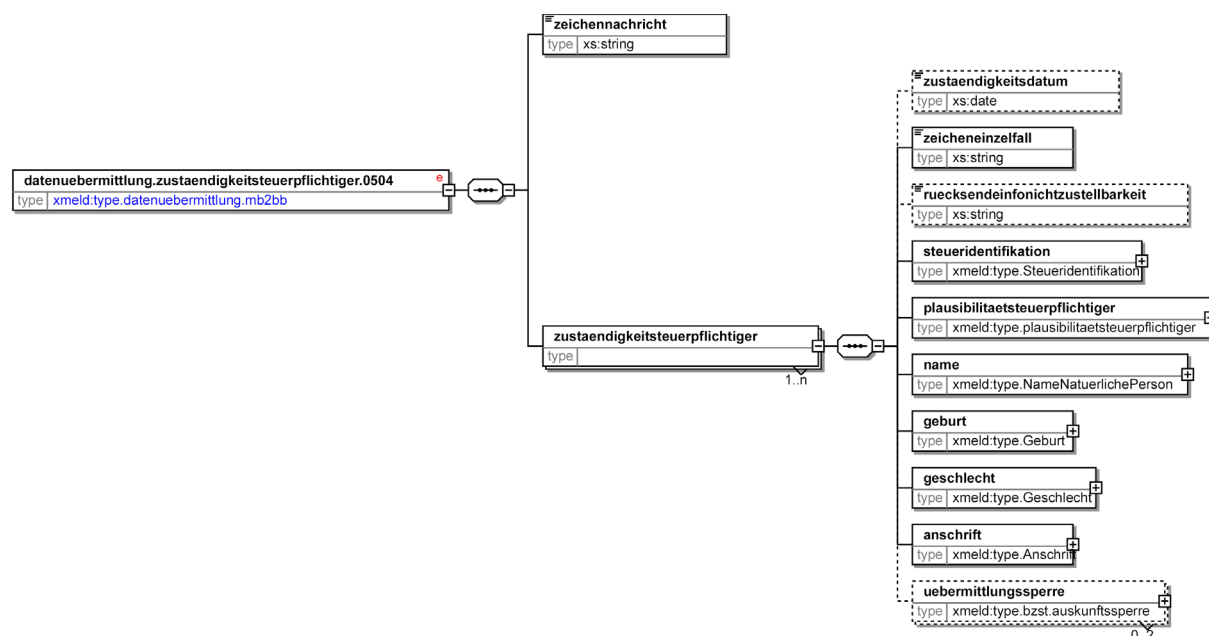
Die Nachricht 0504 wird von der Meldebehörde an das BZSt geschickt, wenn eine Haupt- oder alleinige Wohnung in der Gemeinde durch Zuzug oder Statuswechsel begründet und dadurch diese Meldebehörde zuständig im Sinne § 139b AO wird. Voraussetzung dafür ist der Eingang einer 0203 mit VBM resp. IdNr.

Es werden der komplette für das BZSt erforderliche Datensatz des Steuerpflichtigen sowie Plausibilitätsdaten übermittelt (nach § 139b AO).

Auf Seiten des BZSt bewirkt der Erhalt dieser Nachricht, dass (bis zu einer erneuten Mitteilung über den Wechsel der Zuständigkeit) Änderungsnachrichten nur von derjenigen Meldebehörde akzeptiert und bearbeitet werden, die sich mit einer Nachricht diesen Typs als „zuständig für den Betroffenen“ erklärt hat.

Rechtsgrundlage: § 139b (8) AO

Bild 7-19 datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.mb2bb` (siehe [Abschnitt 2.4.5 auf Seite 102](#)).

Kindelemente von <code>datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeichennachricht	<code>xs:string</code>	1		
zustaendigkeitsteuerpflichtiger		1..n		

Die hier neu definierten Kindelemente dieser Nachricht werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

7.5.5.1 `zeichennachricht (xs:string)`

Die versendende Meldebehörde trägt hier ihr Zuordnungsmerkmal für die Anfrage ein (Aktenzeichen, Surrogat, Geschäftskennzeichen). Falls das BZSt auf diese Nachricht reagiert, kann es dieses Merkmal verwenden, so dass meldebehördenseitig eine unmittelbare Zuordnung zur ursprünglich auslösenden Nachricht möglich ist.

7.5.5.2 `zustaendigkeitsteuerpflichtiger`

Der Typ `type.zustaendigkeitsteuerpflichtiger` enthält den kompletten Datensatz über den Steuerpflichtigen sowie das Datum, zu dem der Wohnungstatuswechsel stattgefunden hat bzw. die Haupt- oder alleinige Wohnung bezogen worden ist.

Kindelemente von <code>zustaendigkeitsteuerpflichtiger</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zustaendigkeitsdatum	<code>xs:date</code>	0..1		
zeicheneinzelfall	<code>xs:string</code>	1		
ruecksendeinfonichtzustellbarkeit	<code>xs:string</code>	0..1		
steueridentifikation	<code>type.Steueridentifikation</code>	1	Abschnitt 1.3.17	53
plausibilitaetsteuerpflichtiger	<code>type.plausibilitaetsteuerpflichtiger</code>	1	Abschnitt 7.4.4	372
name	<code>type.NameNatuerlichePerson</code>	1	Abschnitt 1.4.1	54 *
geburt	<code>type.Geburt</code>	1	Abschnitt 1.3.5	41 *
geschlecht	<code>type.Geschlecht</code>	1	Abschnitt 1.3.6	43
anschrift	<code>type.Anschrift</code>	1	Abschnitt 1.6.4	71 *
uebermittlungssperre	<code>type.bzst.auskunftssperre</code>	0..2	Abschnitt 7.4.1	370 *

Die Kindelemente dieses Typs werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

Für die an anderer Stelle definierten Kindelemente dieses Typs verweisen wir auf die in der vorstehenden Tabelle aufgeführten Referenzen. (Ausnahme: Die mit einem * gekennzeichneten Referenzen werden nachfolgend aufgeführt, da der beschreibende Kommentar gegenüber der Definitionsstelle geändert wurde.)

7.5.5.2.1 `zustaendigkeitsdatum (xs:date)`

Es ist entweder das Datum des Beziehs der Haupt- oder alleinigen Wohnung oder das Datum des Statuswechsels (Nebenwohnung wird Hauptwohnung) anzugeben.

Ab diesem Datum ist die im Nachrichtenkopf mit übermittelte Meldebehörde zuständig.

Zuständig in diesem Sinne bedeutet, dass das BZSt ab diesem Datum Nachrichten vom Typ 0502 nur noch von dieser Meldebehörde akzeptiert.

Das Datum ist erforderlich, weil nicht auszuschließen ist, dass aufgrund einer hohen Mobilität einzelner Meldepflichtiger Nachrichten des Typs 0504 beim BZSt nicht in der Reihenfolge der Ereignisse eintreffen (Nachrichten überholen sich aufgrund von Verzögerungen in den Meldebehörden).

Umsetzungshinweise:

Dieses Element ist derzeit nicht zu verwenden, da die rechtliche Grundlage noch nicht erfüllt ist.

7.5.5.2.2 zeicheneinzelfall (xs:string)

Kennzeichen zur Identifikation des Einzelfalls innerhalb der Sammelnachricht.

7.5.5.2.3 ruecksendeinfonichtzustellbarkeit (xs:string)

Für den Fall der Nichtzustellbarkeit wird als Absenderangabe die Adresse der jeweiligen örtlichen Meldebehörde vermerkt, die auch für die weitere Problemlösung zuständig ist. Dazu soll das BZSt für den Fall der Nichtzustellbarkeit möglichst präzise die Anschrift der übermittelnden Meldebehörde auf dem Umschlag vermerken. (Als Beispiel sei Hamburg mit 27 Meldebehörden genannt.)

Wenn dieses Element nicht vorhanden ist, dann ermittelt das BZSt über den AGS gegen eine bereinigte Bundesgemeindedatei die Angaben zur Aufbereitung der Absenderzeile für den Fall der Unzustellbarkeit selbst.

Die Übermittlung dieser Information ist nur erforderlich, bis die Erstzuteilung der IdNr abgeschlossen ist.

7.5.5.2.4 name (type.NameNatuerlichePerson)

Es dürfen nur die aktuellen Vornamen, der Familienname, die früheren Namen, Ordens- und Künstlernamen sowie der Doktorgrad übermittelt werden.

Es dürfen keine Nachweisdaten übermittelt werden.

7.5.5.2.5 geburt (type.Geburt)

Die Übermittlung der Geburtsinformationen ist nur ohne die Nachweisdaten erlaubt.

7.5.5.2.6 anschrift (type.Anschrift)

Es darf nur die Anschrift der aktuellen Haupt- oder alleinigen Wohnung übermittelt werden.

7.5.5.2.7 uebermittlungssperre (type.bzst.auskunftssperre)

Auf Grund der Sensibilität der mit dieser Nachricht übermittelten Information ist es erforderlich, den Empfänger auf bestehende Übermittlungssperren hinzuweisen.

Umsetzungshinweise:

Dieses Element ist derzeit nicht zu verwenden, da die rechtliche Grundlage noch nicht erfüllt ist.

7.5.6 Mitteilung des BZSt über vermutete Unrichtigkeiten im Melderegister (Erstvergabe)

Nachricht: datenuebermittlung.konfliktmitteilung.0505

Mit dieser Nachricht teilt das BZSt der betroffenen Meldebehörde mit, dass konkrete Anhaltspunkte für Unrichtigkeiten oder Unvollständigkeiten im Melderegister vorliegen. – Das BZSt vermutet nach der Anforderung einer IdNr einen Konflikt mit einem oder mehreren Datensätzen in der BZSt-Datenbank. Mit dieser Nachricht werden alle involvierten Meldebehörden über diesen möglichen Konflikt informiert und um Klärung gebeten. Alle Meldebehörden sind verpflichtet, den Sachverhalt zu überprüfen und das Ergebnis dem BZSt mitzuteilen.

Jede Meldebehörde erhält Informationen über alle betroffenen Meldebehörden (Gemeindename, Erreichbarkeit) sowie vollständig alle betroffenen Datensätze, die von den jeweiligen Meldebehörden an das BZSt übermittelt worden sind. (Hinweis: Konflikte können auch innerhalb derselben Meldebehörde auftreten.)

Außerdem wird das Element **konfliktmanagement** zur Erleichterung der Kommunikation übermittelt.

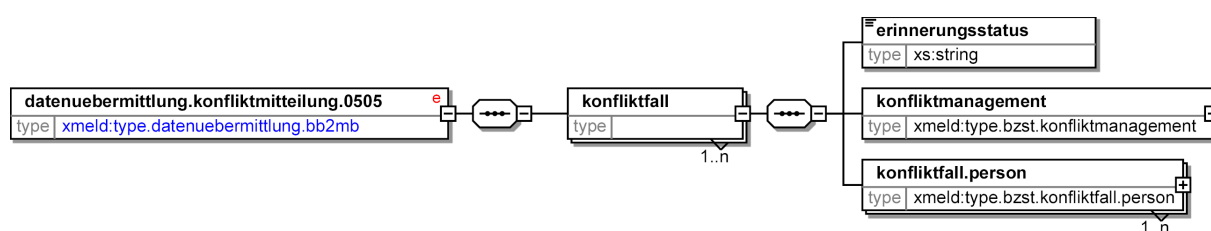
Hinweis: Diese Nachricht wird nur in der Phase der „Erstvergabe“ verwendet.

Rechtsgrundlage: § 4a MRRG in Verbindung mit § 139b (9) AO

Umsetzungshinweise:

Diese Nachricht ist ausschließlich in der Phase der „Erstvergabe“ zu verwenden. Anschließend (Produktivbetrieb) ist die Nachricht 0503 zu verwenden.

Bild 7-20 datenuebermittlung.konfliktmitteilung.0505



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.bb2mb` (siehe [Abschnitt 2.4.2 auf Seite 99](#)).

Kindelement von datenuebermittlung.konfliktmitteilung.0505				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
konfliktfall		1..n		

Das hier neu definierte Kindelement dieser Nachricht wird in dem folgenden Unterabschnitt beschrieben.

7.5.6.1 konfliktfall

Dieses Element wird zur Übermittlung genau eines Konfliktfalls verwendet. Innerhalb der umfassenden Nachricht 0505 kann dieses Element allerdings n-mal auftreten.

Falls eine Meldebehörde auf die initiale Konfliktmitteilung nicht innerhalb einer sinnvollen Zeit (vom BZSt zu definieren) reagiert, hat das BZSt die Möglichkeit, diese Nachricht erneut zu schicken. Dabei nutzt das BZSt das Feld **erinnerungsstatus**, um der Meldebehörde qualifiziert mitzuteilen, welche Erinnerungsstufe vorliegt.

Kindelemente von konfliktfall				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
erinnerungsstatus	<code>xs:string</code>	1		
konfliktmanagement	<code>type.bzst.konfliktmanagement</code>	1	Abschnitt 7.4.2	370
konfliktfall.person	<code>type.bzst.konfliktfall.person</code>	1..n	Abschnitt 7.4.3	372

Das Kindelement dieses Typs wird in dem folgenden Unterabschnitt beschrieben.

Für die an anderer Stelle definierten Kindelemente dieses Typs verweisen wir auf die in der vorstehenden Tabelle aufgeführten Referenzen. (Ausnahme: Die mit einem * gekennzeichneten Referenzen werden nachfolgend aufgeführt, da der beschreibende Kommentar gegenüber der Definitionsstelle geändert wurde.)

7.5.6.1.1 **erinnerungsstatus** (xs:string)

Das Feld **erinnerungsstatus** dient sowohl der Übermittlung von Erinnerungs-Warnstufen an die Meldebehörde als auch der Mitteilung der Ausdehnung eines Konfliktes auf weitere Meldebehörden.

7.5.7 Stornierung einer vorherigen IdNrn-Anforderung durch die Meldebehörde

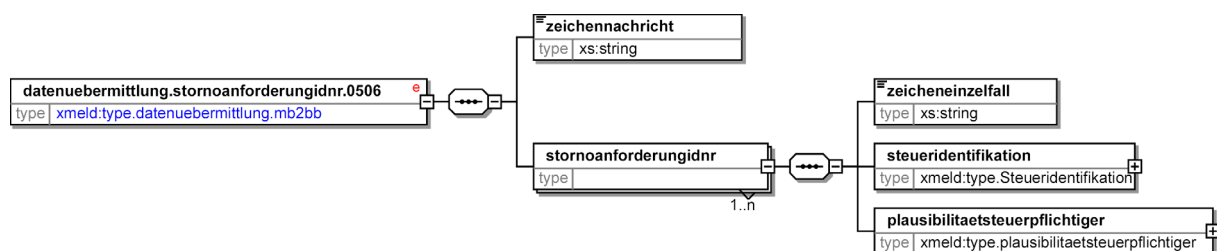
Nachricht: datenuebermittlung.stornoanforderungidnr.0506

Mit dieser Nachricht zieht eine Meldebehörde einen früher gestellten Antrag (mit einer Nachricht 0500) auf Erteilung einer IdNr zurück.

Diese Nachricht wird von der Meldebehörde an das BZSt gesandt, nachdem innerhalb der Meldebehörde eine *Klärung von Amts wegen* zu dem Ergebnis geführt hat, dass eine frühere Anforderung der Vergabe einer IdNr zu Unrecht erfolgt ist.

Rechtsgrundlage: § 139b (6), (7) AO

Bild 7-21 datenuebermittlung.stornoanforderungidnr.0506



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.mb2bb` (siehe [Abschnitt 2.4.5 auf Seite 102](#)).

Kindelemente von <code>datenuebermittlung.stornoanforderungidnr.0506</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeichennachricht	xs:string	1		
stornoanforderungidnr		1..n		

Die hier neu definierten Kindelemente dieser Nachricht werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

7.5.7.1 **zeichennachricht** (xs:string)

Die versendende Meldebehörde trägt hier ihr Zuordnungsmerkmal für die Anfrage ein (Aktenzeichen, Surrogat, Geschäftskennzeichen). Falls das BZSt auf diese Nachricht reagiert, kann es dieses Merkmal verwenden, so dass meldebehördenseitig eine unmittelbare Zuordnung zur ursprünglich auslösenden Nachricht möglich ist.

7.5.7.2 **stornoanforderungidnr**

Stornierung eines Anforderungsfalles.

Kindelemente von <i>stornoanforderungidnr</i>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeicheneinzelfall	<code>xs:string</code>	1		
steueridentifikation	<code>type.Steueridentifikation</code>	1	Abschnitt 1.3.17	53
plausibilitaetsteuerpflichtiger	<code>type.plausibilitaetsteuerpflichtiger</code>	1	Abschnitt 7.4.4	372

Das Kindelement dieses Typs wird in dem folgenden Unterabschnitt beschrieben.

Für die an anderer Stelle definierten Kindelemente dieses Typs verweisen wir auf die in der vorstehenden Tabelle aufgeführten Referenzen. (Ausnahme: Die mit einem * gekennzeichneten Referenzen werden nachfolgend aufgeführt, da der beschreibende Kommentar gegenüber der Definitionsstelle geändert wurde.)

7.5.7.2.1 *zeicheneinzelfall* (`xs:string`)

Kennzeichen zur Identifikation des Einzelfalls innerhalb der Sammelnachricht.

7.5.8 Mitteilung der Stornierung einer Person an das BZSt

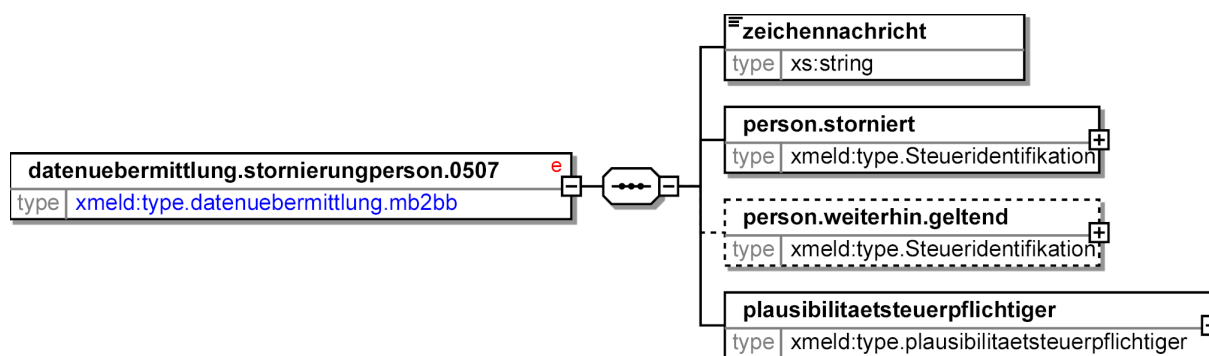
Nachricht: datenuebermittlung.stornierungperson.0507

Falls bei einer melderegisterinternen Konsolidierung festgestellt wird, dass der Eintrag für eine (mit Haupt- oder alleiniger Wohnung gemeldeten) Person zu löschen ist, so ist mit dieser Nachricht (0507) das BZSt zu informieren.

Führt die Meldebehörde in ihrem Register zwei Datensätze zusammen, teilt sie die weiterhin geltende und die stornierte IdNr dem BZSt mit dieser Nachricht mit.

Rechtsgrundlage: § 4a MRRG

Bild 7-22 datenuebermittlung.stornierungperson.0507



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.mb2bb` (siehe [Abschnitt 2.4.5 auf Seite 102](#)).

Kindelemente von <i>datenuebermittlung.stornierungperson.0507</i>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeichennachricht	<code>xs:string</code>	1		
person.storniert	<code>type.Steueridentifikation</code>	1	Abschnitt 1.3.17	53 *

Kindelemente von <code>datenuebermittlung.stornierungperson.0507</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
<code>person.weiterhin.geltend</code>	<code>type.Steueridentifikation</code>	0..1	Abschnitt 1.3.17	53 *
<code>plausibilitaetsteuerpflichtiger</code>	<code>type.plausibilitaetsteuerpflichtiger</code>	1	Abschnitt 7.4.4	372

Das hier neu definierte Kindelement dieser Nachricht wird in dem folgenden Unterabschnitt beschrieben. Für die an anderer Stelle definierten Kindelemente dieser Nachricht verweisen wir auf die in der vorstehenden Tabelle aufgeführten Referenzen. (Ausnahme: Die mit einem * gekennzeichneten Referenzen werden nachfolgend aufgeführt, da der beschreibende Kommentar gegenüber der Definitionsstelle geändert wurde.)

7.5.8.1 **zeichennachricht** (`xs:string`)

Die versendende Meldebehörde trägt hier ihr Zuordnungsmerkmal für die Anfrage ein (Aktenzeichen, Surrogat, Geschäftskennzeichen). Falls das BZSt auf diese Nachricht reagiert, kann es dieses Merkmal verwenden, so dass meldebehördenseitig eine unmittelbare Zuordnung zur ursprünglich auslösenden Nachricht möglich ist.

7.5.8.2 **person.storniert** (`type.Steueridentifikation`)

Dies ist die Steueridentifikation der in der Meldebehörde gelöschten Person.

7.5.8.3 **person.weiterhin.geltend** (`type.Steueridentifikation`)

Dies ist die Steueridentifikation der in der Meldebehörde weiterhin geltenden Person.

7.5.9 Mitteilung eines Fehlers an die Meldebehörde

Nachricht: `datenuebermittlung.fehlerhaftenachricht.0508`

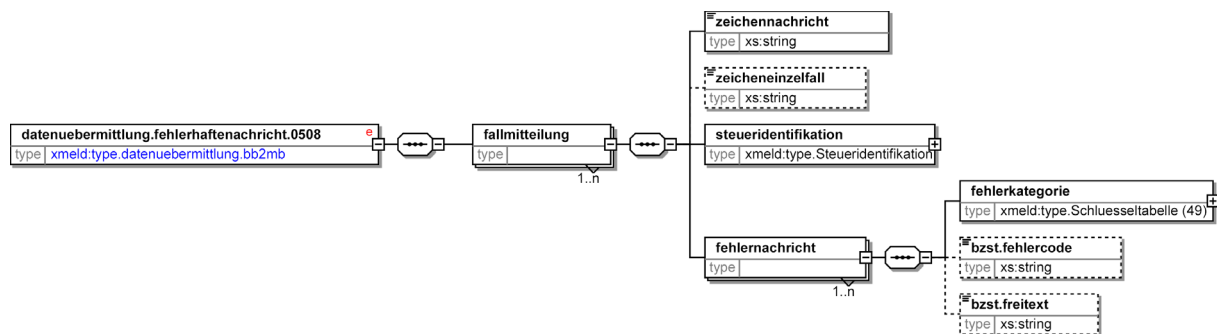
Wird in einer von einer Meldebehörde erhaltenen Nachricht bei der BZSt-seitigen Plausibilitätskontrolle ein Fehler entdeckt, so sendet das BZSt eine Nachricht 0508 an die entsprechende Meldebehörde.

Darin wird mit der Schlüsseltabelle 49 der Meldebehörde eine grobe Fehlerklassifizierung übermittelt. Mit differenzierten Hinweisen resp. Freitexten in den zusätzlichen Feldern kann das BZSt eine eigene Fehlerbeschreibung angeben. – Damit bekommt das BZSt einen Gestaltungsspielraum unabhängig von OSCI-XMeld.

Beispiele für Fehler sind: Geburts- oder Todesdatum liegt in der Zukunft, übermittelte Felder sind leer, etc.

Bei dieser Nachricht handelt es sich um eine Sammelnachricht. Somit kann das BZSt mehrere Fälle (die sich auf verschiedene fehlerhafte Nachrichten beziehen können) an eine Meldebehörde übermitteln.

Rechtsgrundlage: § 4a (3) MRRG

Bild 7-23 datenuebermittlung.fehlerhaftennachricht.0508

Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.bb2mb` (siehe [Abschnitt 2.4.2 auf Seite 99](#)).

Kindelement von <code>datenuebermittlung.fehlerhaftennachricht.0508</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
fallmitteilung		1..n		

Das hier neu definierte Kindelement dieser Nachricht wird in dem folgenden Unterabschnitt beschrieben.

7.5.9.1 fallmitteilung

Mit diesem Element wird genau ein konkreter Fall übermittelt. Um auf Seiten der Meldebehörde eine eindeutige Zuordnung zu der von dort versendeten, fehlerhaften Nachricht zu ermöglichen, übermittelt das BZSt je Fall die folgenden Felder:

- **zeichennachricht**: Zeichenkette, die die von der Meldebehörde gesendete, fehlerhafte Nachricht identifiziert
- **zeicheneinzelfall**: Zeichenkette, mit der der fehlerhafte Fall innerhalb der Nachricht identifiziert wird (wichtig bei Sammelnachrichten)

Da je Fall durchaus mehrere Fehlerarten möglich sind, kann das Element **fehlermeldung** mehrfach auftreten.

Kindelemente von <code>fallmitteilung</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeichennachricht	<code>xs:string</code>	1		
zeicheneinzelfall	<code>xs:string</code>	0..1		
steueridentifikation	<code>type.Steueridentifikation</code>	1	Abschnitt 1.3.17	53
fehlermeldung		1..n		

Die Kindelemente dieses Typs werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

Für das an anderer Stelle definierte Kindelement dieses Typs verweisen wir auf die in der vorstehenden Tabelle aufgeführte Referenz. (Ausnahme: Eine mit einem * gekennzeichnete Referenz wird nachfolgend aufgeführt, da der beschreibende Kommentar gegenüber der Definitionsstelle geändert wurde.)

7.5.9.1.1 zeichennachricht (xs:string)

Zeichenkette, mit der die von der Meldebehörde gesendete, fehlerhafte Nachricht identifiziert werden kann

7.5.9.1.2 zeicheneinzelfall (xs:string)

Zeichenkette, mit der innerhalb der von der Meldebehörde gesendeten, fehlerhaften Nachricht ein konkreter Fall identifiziert werden kann. (Dieses Element ist nur vorhanden, wenn auf eine Sammelnachricht geantwortet wird.)

7.5.9.1.3 fehlermeldung

Mit diesem Element wird genau ein konkreter Fehler beschrieben, der sich innerhalb einer Nachricht in einem konkreten Fall befindet.

Kindelemente von fehlermeldung				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
fehlerkategorie	type.Schluesselfeld	1		
bzst.fehlercode	xs:string	0..1		
bzst.freitext	xs:string	0..1		

Die Kindelemente dieses Typs werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

7.5.9.1.3-1 fehlerkategorie (type.Schluesselfeld)

Das BZSt kann hier eine grobe Vorklassifizierung des gefundenen Fehlers vornehmen.

Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der Schlüsselfeld **49: Fehlermeldungen des BZSt**.

7.5.9.1.3-2 bzst.fehlercode (xs:string)

Hier wird der BZSt-interne Fehlercode für den zu beschreibenden Fehler abgelegt.

7.5.9.1.3-3 bzst.freitext (xs:string)

Das BZSt hat mit diesem Feld die Möglichkeit, eine Freitext-Beschreibung des gefundenen Fehlers mitzuliefern.

7.5.10 Mitteilung, dass eine Person zu Recht im Melderegister geführt wird

Nachricht: datenuebermittlung.zustaendigkeit.0509

Hiermit teilt eine Meldebehörde auf Anforderung des BZSt mit, dass die Person in dieser Meldebehörde mit der angegebenen IdNr zu Recht geführt wird, die Meldebehörde also zuständig ist. Diese Nachricht kann somit als Antwort auf eine Konfliktmitteilungsnachricht 0505 oder 0503 geschickt werden.

Rechtsgrundlage: § 4a MRRG

Bild 7-24 datenuebermittlung.zustaendigkeit.0509

Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.mb2bb` (siehe [Abschnitt 2.4.5 auf Seite 102](#)).

Kindelement von <code>datenuebermittlung.zustaendigkeit.0509</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
personzurechtgefuehrt		1..n		

Das hier neu definierte Kindelement dieser Nachricht wird in dem folgenden Unterabschnitt beschrieben.

7.5.10.1 `personzurechtgefuehrt`

Auf Anforderung durch das BZSt wurde für diese Person die rechtmäßige Führung im Melderegister festgestellt.

Kindelemente von <code>personzurechtgefuehrt</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
konfliktmanagement	<code>type.bzst.konfliktmanagement</code>	1	Abschnitt 7.4.2	370
steueridentifikation	<code>type.Steueridentifikation</code>	1	Abschnitt 1.3.17	53
plausibilitaetsteuerpflichtiger	<code>type.plausibilitaetsteuerpflichtiger</code>	1	Abschnitt 7.4.4	372

Für die an anderer Stelle definierten Kindelemente dieses Typs verweisen wir auf die in der vorstehenden Tabelle aufgeführten Referenzen. (Ausnahme: Die mit einem * gekennzeichneten Referenzen werden nachfolgend aufgeführt, da der beschreibende Kommentar gegenüber der Definitionsstelle geändert wurde.)

7.5.11 Mitteilung einer Meldebehörde über das Ende der Zuständigkeit für einen Steuerpflichtigen

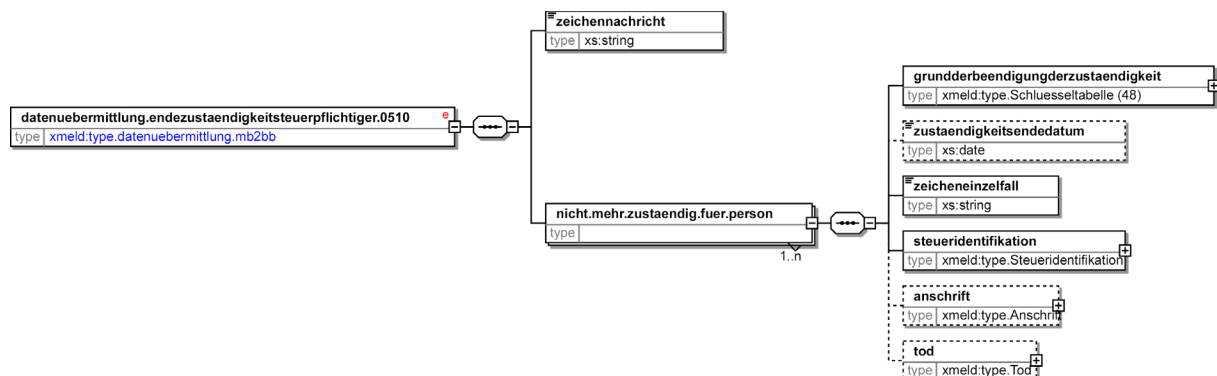
Nachricht: `datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510`

Mit dieser Nachricht teilt eine Meldebehörde dem BZSt mit, dass sie nicht mehr für den Betroffenen zuständig ist. Diese Nachricht wird geschickt, wenn entweder eine Abmeldung ins Ausland/Unbekannt, eine Abmeldung von Amts wegen oder der Tod des Betroffenen vorliegt.

Rechtsgrundlage: § 4a MRRG in Verbindung mit § 139b (8) AO

Umsetzungshinweise:

Muss ein fehlerhaft übermittelter Sterbefall zurückgenommen werden, so ist als **grundderbeendigung-derzustaendigkeit** der Schlüsselwert 08 aus der Tabelle 48 einzutragen. Außerdem darf kein Todesdatum übermittelt werden.

Bild 7-25 datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510

Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.mb2bb` (siehe [Abschnitt 2.4.5 auf Seite 102](#)).

Kindelemente von <code>datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeichennachricht	<code>xs:string</code>	1		
nicht.mehr.zustaendig.fuer.person		1..n		

Die hier neu definierten Kindelemente dieser Nachricht werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

7.5.11.1 `zeichennachricht` (`xs:string`)

Die versendende Meldebehörde trägt hier ihr Zuordnungsmerkmal für die Anfrage ein (Aktenzeichen, Surrogat, Geschäftskennzeichen). Falls das BZSt auf diese Nachricht reagiert, kann es dieses Merkmal verwenden, so dass meldebehördenseitig eine unmittelbare Zuordnung zur ursprünglich auslösenden Nachricht möglich ist.

7.5.11.2 `nicht.mehr.zustaendig.fuer.person`

Für jede Person, für die die Zuständigkeit der Meldebehörde erloschen ist, wird ein derartiges Element erzeugt.

Kindelemente von <code>nicht.mehr.zustaendig.fuer.person</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
grundderbeendigungderzustaendigkeit	<code>type.Schluesseltabelle</code>	1		
zustaendigkeitsendedatum	<code>xs:date</code>	0..1		
zeicheneinzelfall	<code>xs:string</code>	1		
steueridentifikation	<code>type.Steueridentifikation</code>	1	Abschnitt 1.3.17	53
anschrift	<code>type.Anschrift</code>	0..1	Abschnitt 1.6.4	71 *
tod	<code>type.Tod</code>	0..1	Abschnitt 1.3.12	49 *

Die Kindelemente dieses Typs werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

Für die an anderer Stelle definierten Kindelemente dieses Typs verweisen wir auf die in der vorstehenden Tabelle aufgeführten Referenzen. (Ausnahme: Die mit einem * gekennzeichneten Referenzen werden nachfolgend aufgeführt, da der beschreibende Kommentar gegenüber der Definitionsstelle geändert wurde.)

7.5.11.2.1 *grunderbeendigungderzustaendigkeit* (*type.Schluesselfabelle*)

Beendigung der Zuständigkeit

Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der Schlüsseltabelle 48: *Mitteilung der Beendigung der Zuständigkeit*.

7.5.11.2.2 *zustaendigkeitsendedatum* (*xs:date*)

Mit diesem Datum teilt die Meldebehörde den Zeitpunkt des Endes ihrer Zuständigkeit mit. Im Todesfall wird hier zusätzlich zu dem Eintrag *sterbetag* im Element *tod* der Sterbetag eingetragen.

Umsetzungshinweise:

Dieses Element ist derzeit nicht zu verwenden, da die rechtliche Grundlage noch nicht erfüllt ist.

7.5.11.2.3 *zeicheneinzelfall* (*xs:string*)

Kennzeichen zur Identifikation des Einzelfalls innerhalb der Sammelnachricht.

7.5.11.2.4 *anschrift* (*type.Anschrift*)

Sollte die Meldebehörde Informationen über die neue Anschrift des Betroffenen haben, so kann sie diese Informationen mitliefern.

7.5.11.2.5 *tod* (*type.Tod*)

Es darf nur das Todesdatum (ohne -ort) übermittelt werden.

Nachweisdaten dürfen nicht übermittelt werden.

7.5.12 Mitteilung, dass eine Person nicht (mehr) im Melderegister geführt wird

Nachricht: datenuebermittlung.nichtzustaendigkeit.0511

Hiermit teilt eine Meldebehörde auf Anforderung des BZSt mit, dass die Person in dieser Meldebehörde mit der angegebenen IdNr nicht geführt wird. Diese Nachricht kann somit als Antwort auf eine Konfliktmitteilungsnachricht 0505 bzw. 0503 geschickt werden. Aus diesen Nachrichten sind dafür die Daten der auslösenden Person in das Element *konfliktfall.person* zu übernehmen.

Rechtsgrundlage: § 4a MRRG

Bild 7-26 *datenuebermittlung.nichtzustaendigkeit.0511*



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps *type.datenuebermittlung.mb2bb* (siehe [Abschnitt 2.4.5 auf Seite 102](#)).

Kindelement von <code>datenuebermittlung.nichtzustaendigkeit.0511</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
personnichtgefuehrt		1..n		

Das hier neu definierte Kindelement dieser Nachricht wird in dem folgenden Unterabschnitt beschrieben.

7.5.12.1 `personnichtgefuehrt`

Auf Anforderung durch das BZSt wurde für diese Person festgestellt, dass sie nicht mit HW oder AW im Melderegister geführt wird..

Kindelemente von <code>personnichtgefuehrt</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
konfliktmanagement	<code>type.bzst.konfliktmanagement</code>	1	Abschnitt 7.4.2	370
konfliktfall.person	<code>type.bzst.konfliktfall.person</code>	1	Abschnitt 7.4.3	372

Für die an anderer Stelle definierten Kindelemente dieses Typs verweisen wir auf die in der vorstehenden Tabelle aufgeführten Referenzen. (Ausnahme: Die mit einem * gekennzeichneten Referenzen werden nachfolgend aufgeführt, da der beschreibende Kommentar gegenüber der Definitionsstelle geändert wurde.)

7.5.13 Mitteilung an BZSt, welche IdNr nach Klärung gelten soll

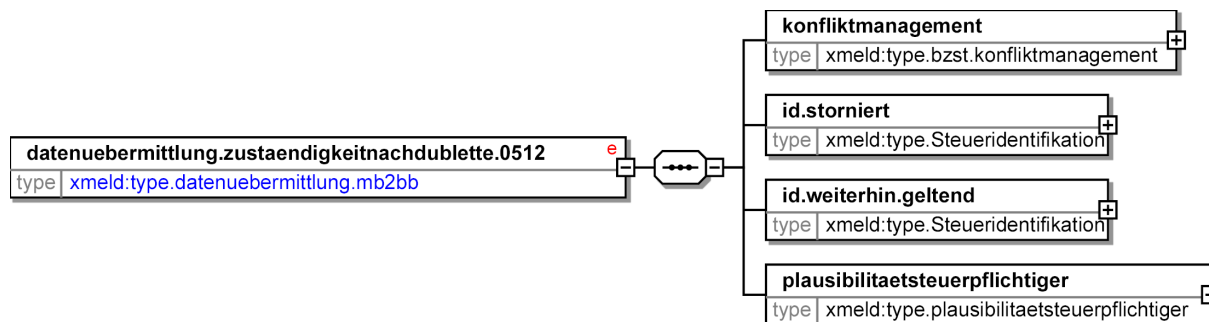
Nachricht: `datenuebermittlung.zustaendigkeitnachdublette.0512`

Mit dieser Nachricht kann eine Meldebehörde (nach Klärung) eine fehlerhafte Beantragung einer IdNr zurückziehen. Gleichzeitig teilt sie dem BZSt diejenige IdNr mit, die sie im Rahmen des Klärungsprozesses ermittelt hat.

Diese Nachricht ist daher eine der möglichen Antwortnachrichten auf die Konfliktmitteilungsnachricht 0503.

Rechtsgrundlage: § 4a MRRG

Bild 7-27 `datenuebermittlung.zustaendigkeitnachdublette.0512`



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.mb2bb` (siehe [Abschnitt 2.4.5 auf Seite 102](#)).

Kindelemente von datenuebermittlung.zustaendigkeitnachdublette.0512				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
konfliktmanagement	type.bzst.konfliktmanagement	1	Abschnitt 7.4.2	370 *
id.storniert	type.Steueridentifikation	1	Abschnitt 1.3.17	53 *
id.weiterhin.geltend	type.Steueridentifikation	1	Abschnitt 1.3.17	53 *
plausibilitaetsteuerpflichtiger	type.plausibilitaetsteuerpflichtiger	1	Abschnitt 7.4.4	372

Für die an anderer Stelle definierten Kindelemente dieser Nachricht verweisen wir auf die in der vorstehenden Tabelle aufgeführten Referenzen. (Ausnahme: Die mit einem * gekennzeichneten Referenzen werden nachfolgend aufgeführt, da der beschreibende Kommentar gegenüber der Definitionsstelle geändert wurde.)

7.5.13.1 konfliktmanagement (type.bzst.konfliktmanagement)

Mit diesem Element werden die Informationen übermittelt, die für eine Referenzierung auf den Sachverhalt notwendig ist.

7.5.13.2 id.storniert (type.Steueridentifikation)

In diesem Element übermittelt die (auslösende) Meldebehörde abschließend noch einmal das VBM, damit BZSt-seitig dieser Vorgang abgeschlossen werden kann.

7.5.13.3 id.weiterhin.geltend (type.Steueridentifikation)

Dies ist die IdNr derjenigen Person, die nach der Dublettenklärung als weiterhin geltende Person erhalten bleibt.

7.5.14 Antwort "Meldebehörde nicht mehr zuständig"

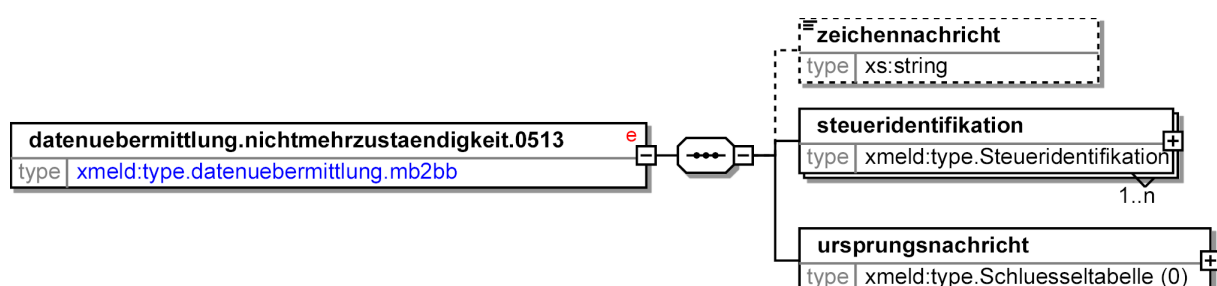
Nachricht: datenuebermittlung.nichtmehrzustaendigkeit.0513

Diese Nachricht wird in folgenden Fällen von der Meldebehörde an das BZSt geschickt:

- Meldebehörde ist bei Erhalt der Nachricht 0501 nicht mehr zuständig, so dass keine VBM-Zuordnung möglich ist
- Meldebehörde ist bei Erhalt der Nachricht 0508 nicht mehr zuständig, so dass keine VBM/IdNr-Zuordnung möglich ist

Aufgrund dessen können nur die Angaben aus der erhaltenen Nachricht (0501 oder 0508) zurückgesendet werden.

Bild 7-28 datenuebermittlung.nichtmehrzustaendigkeit.0513



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.mb2bb` (siehe [Abschnitt 2.4.5 auf Seite 102](#)).

Kindelemente von <code>datenuebermittlung.nichtmehrzustaendigkeit.0513</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeichennachricht	<code>xs:string</code>	0..1		
steueridentifikation	<code>type.Steueridentifikation</code>	1..n	Abschnitt 1.3.17	53
ursprungsnachricht	<code>type.Schluesseltabelle</code>	1		

Die hier neu definierten Kindelemente dieser Nachricht werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

Für das an anderer Stelle definierte Kindelement dieser Nachricht verweisen wir auf die in der vorstehenden Tabelle aufgeführte Referenz. (Ausnahme: Eine mit einem * gekennzeichnete Referenz wird nachfolgend aufgeführt, da der beschreibende Kommentar gegenüber der Definitionsstelle geändert wurde.)

7.5.14.1 `zeichennachricht (xs:string)`

Die versendende Meldebehörde trägt hier ihr Zuordnungsmerkmal für die Anfrage ein (Aktenzeichen, Surrogat, Geschäftskennzeichen). Falls das BZSt auf diese Nachricht reagiert, kann es dieses Merkmal verwenden, so dass meldebehördenseitig eine unmittelbare Zuordnung zur ursprünglich auslösenden Nachricht möglich ist.

7.5.14.2 `ursprungsnachricht (type.Schluesseltabelle)`

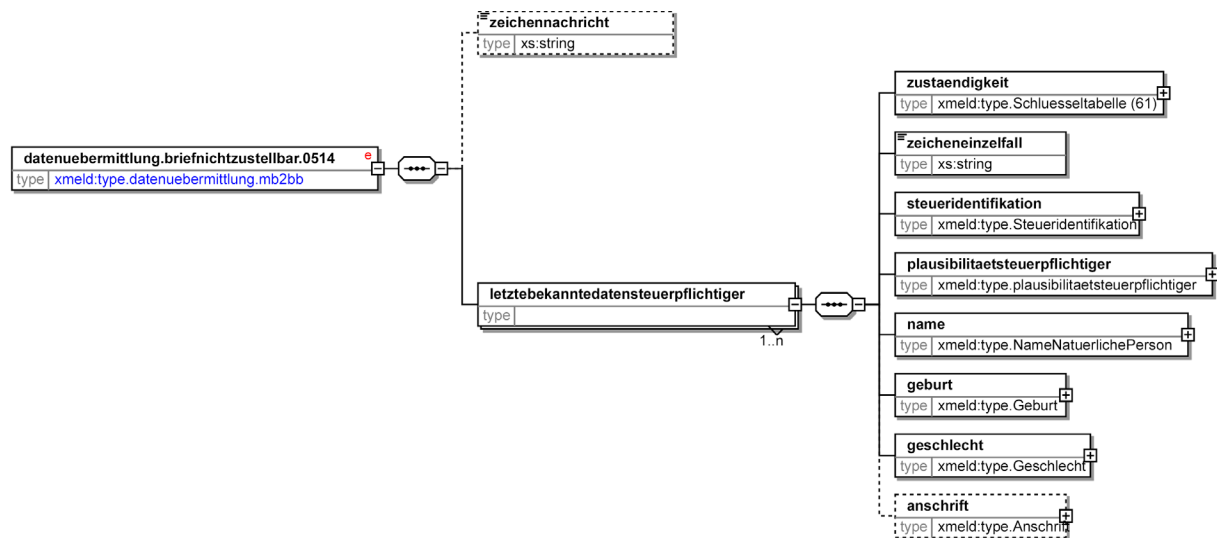
Mit diesem Kindelement wird die Nachrichtennummer der ursächlichen Nachricht übermittelt. Als Schlüssel dürfen nur die Werte 0501 und 0508 übermittelt werden.

In diesem Element wird der Nachrichtenbezeichner übermittelt.

7.5.15 Brief mit IdNr nicht zustellbar

Nachricht: `datenuebermittlung.briefnichtzustellbar.0514`

Diese Nachricht wird von der Meldebehörde an das BZSt geschickt, falls der Brief mit der IdNr nicht zugestellt werden konnte.

Bild 7-29 datenuebermittlung.briefnichtzustellbar.0514

Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.mb2bb` (siehe [Abschnitt 2.4.5 auf Seite 102](#)).

Kindelemente von datenuebermittlung.briefnichtzustellbar.0514				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeichennachricht	<code>xs:string</code>	0..1		
letztebekanntedatensteuerpflichtiger		1..n		

Die hier neu definierten Kindelemente dieser Nachricht werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

7.5.15.1 `zeichennachricht (xs:string)`

Die versendende Meldebehörde trägt hier ihr Zuordnungsmerkmal für die Anfrage ein (Aktenzeichen, Surrogat, Geschäftskennzeichen). Falls das BZSt auf diese Nachricht reagiert, kann es dieses Merkmal verwenden, so dass meldebehördenseitig eine unmittelbare Zuordnung zur ursprünglich auslösenden Nachricht möglich ist.

7.5.15.2 `letztebekanntedatensteuerpflichtiger`

Dies sind die letzten bekannten Daten des Steuerpflichtigen, für den die sendende Meldebehörde nicht mehr zuständig ist.

Für jede Person, für die dieser Sachverhalt zutrifft, ist ein derartiges Element zu übermitteln.

Kindelemente von letztebekanntedatensteuerpflichtiger				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zustaendigkeit	<code>type.Schlusseltabelle</code>	1		
zeicheneinzelfall	<code>xs:string</code>	1		
steueridentifikation	<code>type.Steueridentifikation</code>	1	Abschnitt 1.3.17	53 *

Kindelemente von letztebekanntedatensteuerpflichtiger				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
plausibilitaetsteuerpflichtiger	<code>type.plausibilitaetsteuerpflichtiger</code>	1	Abschnitt 7.4.4	372
name	<code>type.NameNatuerlichePerson</code>	1	Abschnitt 1.4.1	54 *
geburt	<code>type.Geburt</code>	1	Abschnitt 1.3.5	41 *
geschlecht	<code>type.Geschlecht</code>	1	Abschnitt 1.3.6	43
anschrift	<code>type.Anschrift</code>	0..1	Abschnitt 1.6.4	71 *

Die Kindelemente dieses Typs werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

Für die an anderer Stelle definierten Kindelemente dieses Typs verweisen wir auf die in der vorstehenden Tabelle aufgeführten Referenzen. (Ausnahme: Die mit einem * gekennzeichneten Referenzen werden nachfolgend aufgeführt, da der beschreibende Kommentar gegenüber der Definitionsstelle geändert wurde.)

7.5.15.2.1 `zustaendigkeit (type.Schluesselfeld)`

Mit diesem Element teilt die Meldebehörde dem BZSt Informationen über die (Nicht-)Zuständigkeit für den Steuerpflichtigen mit.

Umsetzungshinweise:

Der Schlüssel 01 (zuständig) darf in dieser Nachricht nicht verwendet werden.

Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der Schlüsseltabelle 61: *Zuständigkeit*.

7.5.15.2.2 `zeicheneinzelfall (xs:string)`

Kennzeichen zur Identifikation des Einzelfalls innerhalb der Sammelnachricht.

7.5.15.2.3 `steueridentifikation (type.Steueridentifikation)`

In diesem Element kann nur die IdNr übermittelt werden.

7.5.15.2.4 `name (type.NameNatuerlichePerson)`

Es dürfen nur die aktuellen Vornamen, der Familienname, die früheren Namen, Ordens- und Künstlernamen sowie der Doktorgrad übermittelt werden.

Es dürfen keine Nachweisdaten übermittelt werden.

7.5.15.2.5 `geburt (type.Geburt)`

Die Übermittlung der Geburtsinformationen ist nur ohne die Nachweisdaten erlaubt.

7.5.15.2.6 `anschrift (type.Anschrift)`

Es ist die aus Sicht der Meldebehörde derzeitige aktuelle Anschrift der Haupt- oder alleinigen Wohnung mitzuteilen, sofern sie bekannt ist.

7.6 Rahmenbedingungen

Verbindliche Vorgaben für die Übermittlungen von Nachrichten gemäß § 139b AO mittels OSCI-Transport sind in [Abschnitt F auf Seite 860](#) zu finden.

7.7 Versionshistorie

In diesem Abschnitt beschreiben wir die Versionshistorie der Nachrichten-Hauptgruppe *Bundeszentralamt für Steuern*.

7.7.1 Patch OSCI–XMeld 1.3.2a

Angaben zu “Übermittlungssperren” und “Zuständigkeits(ende)daten” Diese Daten dürfen derzeit (Juni 2007) nicht dem BZSt mitgeteilt werden. Die entsprechenden Kindelemente wurden als optional gekennzeichnet, da wir davon ausgehen, dass eine entsprechende rechtliche Regelung kommen wird. Im einleitenden Text dieses Kapitels wird auf diesen Sachverhalt hingewiesen.

BZSt-Nachrichtenübersichtstabelle jetzt standardisiert und automatisch generiert Die bisher in [Abschnitt 7.2 auf Seite 354](#) manuell gepflegte Übersichtstabelle aller BZSt-Nachrichten ist entfallen. Statt dessen gibt es zu Beginn von [Abschnitt 7.5 auf Seite 375](#) eine automatisch generierte Tabelle, so dass die einzelnen Stellen, an denen die BZSt-Nachrichten beschrieben werden, einen identischen Inhalt haben.

Korrektur Rücknahme der Nichtzuständigkeit (inkl. Sonderfall “Korrektur Sterbedatum”) Bisher war davon ausgegangen worden, dass mit der Nachricht `datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510` die Rücknahme der Nichtzuständigkeit (vier Sachverhalte) möglich ist. Dies ist nicht der Fall, da “Nichtzuständigkeit” auf Seiten der Meldebehörde bedeutet, dass VBM/IdNr gelöscht werden, so dass zu einem späteren Zeitpunkt diese notwendigen Identifikationsdaten für eine Nachricht `datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510` überhaupt nicht mehr zur Verfügung stehen, so dass die Schlüssel 05 – 08 in Schlüsseltabelle 48 obsolet sind.

Um diesen Sachverhalt zu beschreiben, wurde der neue Abschnitt [Abschnitt 7.3.9 auf Seite 368](#) definiert. Darin werden sowohl die Rücknahme der Nichtzuständigkeit als auch der Sonderfall “Korrektur Sterbedatum” behandelt.

Nichtzustellbarkeit der IdNr-Benachrichtigung Das Prozessmodell zum Komplex “Nichtzustellbarkeit der IdNr-Benachrichtigung” ist neu, siehe [Abschnitt 7.3.2.4 auf Seite 364](#). In diesem Zusammenhang wurden die beiden Nachrichten `datenuebermittlung.nichtmehrzustaendigkeit.0513` und `datenuebermittlung.briefnichtzustellbar.0514` neu erarbeitet. Dabei wurde auch die neue Schlüsseltabelle 61 (“Zuständigkeit”) angelegt.

Rückweisung von Nachrichten Es wurde ein neuer Abschnitt zum Thema “Rückweisung von Nachrichten” eingeführt, siehe [Abschnitt 7.3.3 auf Seite 365](#).

Überarbeitung “Plausibilitätsprüfung” Dieser Abschnitt wurde überarbeitet, in dem grafischen Prozessmodell die Nachricht 0513 aufgenommen, siehe [Abschnitt 7.3.4 auf Seite 365](#).

Nachricht 0508 Ergänzung des Nachrichtenkommentars: Wenn in einer (beliebigen) Nachricht von einer Meldebehörde an das BZSt im Rahmen der Plausibilitätskontrolle ein Fehler entdeckt wird, so führt dies zu einer Nachricht 0508.

Überarbeitung Nachricht 0511 Aus Vereinheitlichungsgründen wird in Nachricht 0511 statt der Kindelemente `steueridentifikation` und `plausibilitaetsteuerpflichtiger` jetzt das Element `bzst.konfliktfall.person` verwendet.

7.7.2 Release OSCI–XMeld 1.3.2

Aufgrund der vollständigen Überarbeitung dieses Kapitels ist eine detaillierte Versionshistorie nicht sinnvoll. – Das Kapitel sollte daher *wie ein neues* gelesen werden.

7.7.3 Release OSCI–XMeld 1.3.1

In ??? (Hinweis: Dieser Link ist ab OSCI–XMeld 1.3.2 nicht mehr gültig!) wird jetzt die Änderung im Rückmeldungs-Prozessmodell (siehe [Bild 4-1 auf Seite 155](#)) berücksichtigt, aus der hervorgeht, dass immer eine Rückmeldungsauswertungsnachricht `rueckmeldung.auswertung.0203` geschickt wird.

7.7.4 Release *OSCI-XMeld 1.3.0*

Die Namensänderung des *“Bundesamtes für Finanzen”* in *“Bundeszentralamt für Steuern”* ab 01.01.2006 wurde überall berücksichtigt. Damit verbunden waren Änderungen sowohl in den beschreibenden Texten als auch auf struktureller Ebene.

7.7.5 Release *OSCI-XMeld 1.3*

In den Nachrichten `datenuebermittlung.anforderungidnr.0500`, `datenuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502` und `datenuebermittlung.zustaendigkeitssteuerpflichtiger.0504` wurde mit Hilfe eines entsprechenden Attributes (*ruecksendeinfonichtzustellbarkeit*) dafür Sorge getragen, dass bei Nichtzustellbarkeit eines vom BZSt verschickten Briefes eine Weiterleitung an die jeweils zuständige Meldebehörde erfolgt.

7.7.6 Release *OSCI-XMeld 1.2*

Die Nachrichten-Hauptgruppe *Bundeszentralamt für Steuern* ist im Rahmen des Projektes *OSCI-XMeld 1.2* neu entwickelt worden. Da der Datenaustausch gemäß § 139b AO ganz neu entwickelt werden musste, und da auf Seiten des BZSt das zugehörige Fachverfahren erst noch aufgebaut wird, ist von Konsolidierungsbedarf auszugehen. Wir gehen davon aus, dass es im ersten Halbjahr 2005 zu Integrationstests kommen wird. Deren Ergebnisse werden für die nächste Version von *OSCI-XMeld* zu einer Konsolidierung der Nachrichten an das BZSt führen.